

LINKS DRUCK

radikal politisch links - Kritik ohne Verschwörungstheorien - Diversität ohne Ausnahme - regional & ein bisschen weiter

**KEINE WERTSCHÄTZUNG,
KEIN GELD,
KEINE ZEIT.**

*Wie
Lohnarbeit
immer
mehr
zur
Ausbeutung
wird.*



”Schamschmerz” von Flora Federn
FB: <https://www.facebook.com/FloraFedern>
Insta: @florafedern

INHALTSANGABE

GRÜßWORT & WERTEKODEX	S. 1
SCHWERPUNKTTHEMA	S. 3-10
Z.B. ESSAY VON RINA NOLL "WAS MACHST DU EIGENTLICH BERUFLICH?"	S. 8 - 9
UNSERE FRAKTION	S. 5
FEMINISTISCH & QUEER	S. 10-13
Z.B. "SELBSTBESTIMMUNGSGESETZ: WAS IST DAS?" VON FAK	S. 11
PORTRAIT ZU CHRISTINE HOLZING	S. 14-16
KUNST UND PROTEST	S. 17-19
Z.B. KOLUMNE N. VON NATALIE BROSCH	S. 18



Ein solidarischer Gruß

an euch Neugierige, die einen Blick in dieses Blättchen wagen. Ihr habt die erste Ausgabe der *linksdruck* vor euch. *linksdruck* ist die Zeitung von und für links-aktive Menschen aus Koblenz und der Umgebung, die Mitglieder der Linkspartei sind oder ihr nahe stehen. Für unsere erste Ausgabe war es uns wichtig, über die drohende Privatisierung des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein (GKM) zu informieren sowie über prekäre Arbeitsverhältnisse, denn beides gehört zusammen. Besonders krass zeigen sich Ausbeutung und Menschenfeindlichkeit bei den sog. Wanderarbeiter*innen, die wir daher thematisieren. Denn für uns ist klar: Die Ausbeutung durch Lohnarbeit schreitet weiter voran. Die aktuellen Versuche das Streik- und Versammlungsrecht einzuschränken, beabsichtigen, genau davon abzulenken. Aber wir sehen die Durchkapitalisierung der Gesellschaft auch auf dem Wohnungsmarkt, wir sehen sie im Umgang mit der Klimakrise und daher findet ihr auch zu diesen Themen Beiträge. Wir sind auf eure Reaktionen gespannt!

Loriana & Christian
Das Redaktionsteam

„... und immer dieses Gefühl, nicht genügend getan zu haben“

Die Ökonomisierung der Krankenhäuser aus Beschäftigtenperspektive

Dieser Beitrag ist aus einem Interview entstanden, das Loriana Metzger für *linksdruck* mit Nicole* (N) geführt hat.

Mittlerweile scheint es eine Binsenweisheit zu sein: Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten, insbesondere Gesundheits- und Krankenpfleger*innen, sind dauerhaft überlastet und werden schlecht bezahlt. Dabei machen sie einen der wichtigsten Jobs in unserer Gesellschaft: Menschen pflegen. Mit N. spreche ich über diesen Beruf, den sie beginnend mit ihrer Ausbildung 1990 bis heute am Kemperhof ausübt. Seit den letzten 8 Jahren ist sie im sog. Case-Management (eine Schnittstelle zur Versorgung von Patient*innen in häuslicher Pflege) tätig. Hätte sich diese Option des Abteilungswechsels nicht ergeben, wahrscheinlich hätte sie nicht mehr weitergemacht, sagt sie mir. Es

Unser Wertekodex

Radikal politisch links. *linksdruck* wird von dem Stadtverband der Koblenzer Linken herausgegeben. Wir berichten nicht politisch neutral, sondern sind ein Blatt, das die Politik der Linkspartei in Koblenz vermittelt sowie Themen aus links-politischer Perspektive bespricht. "Radikal" heißt für uns, Demokratie tatsächlich zu leben: Haltung und Aktivismus gehören für uns unabdingbar zusammen.

Kritik ohne Verschwörung. Die Vielfalt der Meinungen innerhalb des linken Spektrums ist uns wichtig. Dazu gehört immer auch eine ordentliche Portion Selbstkritik. Verschwörungstheorien oder die Relativierung jeglicher Angriffskriege sowie die Unterstützung der Propaganda dieser Staaten gehören ganz klar nicht dazu. Allgemein ist Kritik nie auf Kosten der Verharmlosung autoritärer Staaten oder von Gewaltregimen zu haben - definitiv, ohne Wenn und Aber.

Diversität ohne Ausnahme. Wir sehen Feminismus und die Anerkennung von Diversität als wesentliche Bedingungen an, um radikale soziale Politik umzusetzen. Damit einher geht die konsequente Ablehnung von Antisemitismus und jeglicher gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Regional und ein bisschen weiter. Wir fokussieren uns auf Themen, die vor allem Koblenz und die Region betreffen. Themen aus anderen Regionen und überregionale Themen schließen wir jedoch nicht aus. Vielmehr soll *linksdruck* nach und nach auch die Möglichkeit bieten für überregionalen und internationalen Austausch.

war mal ihr Traumjob. Die Abwechslung, die Arbeit mit den Menschen, der Dank, der zurückkommt. Doch heute würde sie sich nicht wieder für die Ausbildung der „Krankenschwester“, wie das damals noch hieß, entscheiden, erzählt sie mir. Das habe vor allem etwas mit den veränderten Arbeitsbedingungen zu tun.

Unbezahlte Arbeit und doppelte Belastung

Die Kollegenschaft der Gesundheits- und Krankenpfleger*innen ist mehrheitlich weiblich, so hat es N. erlebt. Und für die weibliche Kollegenschaft, vor allem für die alleinerziehenden Mütter, sei der Nachtdienst besonders attraktiv. N. arbeitet über 15 Jahre im Nachtdienst. Natürlich hat das etwas mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun, die immer noch im Wesentlichen auf den Schultern der Mütter lastet. Aber der Nachtdienst ist keine wirkliche Alternative oder „familienfreundlich“, sondern viel mehr eine doppelte Belastung. Denn der fehlende Schlaf kann nicht kompensiert werden, die Sorgearbeit geht tagsüber zu Hause weiter: Kinder und die Familie, pflegebedürftige Angehörige müssen versorgt werden. So ginge es sehr vielen Frauen, die sich gezwungenermaßen für den Nachtdienst entscheiden würden, berichtet N. Sie selbst hat von den vielen Nachtdienstjahren schwere Schlafstörungen bekommen. Obwohl N. paritätische Beziehungen hatte, konnte der Schlafentzug nicht immer kompensiert werden. „Das war schon heftig, das kann ich mir jetzt gar

nicht mehr vorstellen“, sagt sie auf diese Zeit zurückblickend.

Mir wird klar, dass die prekären Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen für Frauen bereits viel früher vor der Einführung des Fallpauschalen-Systems angefangen haben. Denn es sind immer noch vor allem die Frauen, die die Sorgearbeit im Haushalt leisten – unbezahlt und gesellschaftlich ungeschätzt. Und es sind auch die Frauen, die die Sorgetätigkeiten beruflich leisten, meist unterbesetzt und finanziell ... – aber das sei ja bekannt, winkt N. ab. Sie mache den Job nicht wegen des Geldes, aber finanzielle Wertschätzung sehe anders aus. Alle wüssten das.

Über dem Limit sein

Trotz der doppelten Belastung hatte der Nachtdienst für N., jedenfalls noch am Anfang ihrer Tätigkeit, etwas Gutes, weil es da noch Zeit gab, mit den Patient*innen ins Gespräch zu kommen. Doch später ginge auch dies nicht mehr, weil man für immer mehr Patient*innen verantwortlich war. Auch im Tagesdienst spitzte sich die Situation für die Beschäftigten immer weiter zu. Da sind z.B. die Diagnostiken und Therapien, die immer mehr werden und durch das Fallpauschalen-System zusätzliche Schreibtischarbeit mit sich bringen. Arbeitsverdichtung überall.

Der Job war schon immer herausfordernd. Körperlich, geistig und emotional. Schließlich hat man es mit kranken, mit sterbenden Menschen und ihren Angehörigen zu tun. All das, diese ganze herausfordernde Arbeit, „hat sich verschärft durch die Fallpauschalen“, sagt N. Das merke man vor allem an dem knapp bemessenen Personal und daran, dass man einfach nicht mehr genügend Zeit hat: „immer dieses Gefühl, nicht genügend getan zu haben“. Das sei so quälend, eine unheimliche Belastung, die sich während der Corona-Pandemie weiter zugespitzt und zu vielen Kündigungen



Nicole

geführt hat, insbesondere bei Intensivpfleger*innen. Zu dem eh schon viel zu wenigem Personal kommen nun zahlreiche unbesetzte Stellen hinzu und verschlimmern die gesamte Arbeitssituation weiter.

Solidarität: aber wofür?

Trotz dieser prekären Umstände sei die Solidarität zwischen den Kolleg*innen und die der Patient*innen groß. Obwohl häufig wenig Zeit für die Patient*innen bleibe und zudem ihre Krankenhausaufenthalte immer kürzer werden, würden sie sehr viel Verständnis zeigen. Und bei den Kolleg*innen sei es nicht selten, dass man krank zur Arbeit kommen würde, um die Kollegenschaft, aber auch die Patient*innen und Ärzt*innen nicht im Stich zu lassen. Und dann bleibe den meisten kaum die Kraft, sich politisch zu engagieren, resümiert N. Sie selbst ist in der Verdi-Gewerkschaft, seit über 30 Jahren. Für ihre Kollegenschaft wünscht sie sich ein Umdenken dafür, „dass wir zusammen was erreichen können“. Zugleich aber sieht sie, dass bei ihnen „die Luft einfach raus ist“. Sie könnten nicht mehr, hätten keine Hoffnung. Und dann bleibe die Frage, woher das Geld für das GKM kommen solle. Dafür müsse sich eigentlich grundsätzlich, auf Bundesebene, etwas ändern, so N..

Das GKM in kommunale Hand!

Für N. ist klar: Das GKM (Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein) muss kommunal bleiben! Auf meine Frage, was sie sich von den Koblenzer Bürger*innen wünschen würde, antwortet sie: **„Dass die Koblenzer*innen sagen, wir wollen, dass das GKM kommunal bleibt. Das wäre ein toller Ansatz. Und dass die Politiker*innen Druck machen“.**

Das können wir Linken nur unterstützen. Seitdem die Privatisierungsvorhaben bekannt sind, kämpft die Linkspartei in Koblenz dafür, dass das GKM kommunal bleibt. Und wir werden das auch weiterhin tun – für die Beschäftigten und die Patient*innen, für Koblenz und die Region. Liebe Nicole, vielen Dank für das Interview!

*Der Redaktion ist der vollständige Name bekannt.

Was sagt die Linksfraktion zur anstehenden Privatisierung des GKM?

von Oliver Antpöhler-Zwiernik

Wir müssen ehrlich gegenüber den Arbeitnehmer*innen des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein (GKM) sein. Es zeichnet sich ab, dass eine Privatisierung kommen wird. Seit nun mehr als drei Jahren fordert die LINKE-PARTEI. Stadtratsfraktion Koblenz klar von diesen Bestrebungen abzusehen – leider als einzige Fraktion. Wir fordern im Sinne der Gesundheitsversorgung und der Arbeitsbedingungen, den Krankenhausverbund nicht an Aktiengesellschaften, wie die Sana AG eine ist, zu verkaufen, sondern eine hundertprozentige Kommunalisierung.

WAS IST DAS GKM?

Das Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein(GKM) befindet sich seit 2014 in kommunaler (Stadt Koblenz und Landkreis Mayen-Koblenz) und kirchlicher (vier verschiedene Stiftungen) Trägerschaft - ein in Deutschland bisher einmaliger Zusammenschluss. Zum GKM gehören insgesamt fünf Krankenhäuser:

- Kemperhof (Koblenz)
- Ev. Stift St. Martin (Koblenz)
- St. Elisabeth (Mayen)
- Heilig Geist (Boppard)
- Paulinenstift (Nastätten)

Uns ist es völlig schleierhaft, warum die Mehrheit im Koblenzer Stadtrat bis jetzt den kommunalen Ansatz nicht unterstützt und stattdessen zu dieser dramatischen Situation mitbeigetragen hat. Hat wirklich keine andere Fraktion aus der Pandemie gelernt? Hat sich nicht gerade in diesen Zeiten gezeigt, dass marktorientiertes Handeln zu Lasten der Angestellten und Patient*innen geht? Sana steht für Massenentlassungen, Outsourcing und Tarifuntreue. Weil es viele vielleicht nicht wissen, möchten wir das hier ganz klar benennen: Die Sana als Aktiengesellschaft gehört den Privatversicherungsunternehmen! Das bedeutet, dass bei einer Übernahme des GKM durch Sana, Sana einen Anreiz hat, besonders klaffende Unterschiede zwischen privat- und kassenversicherten Patient*innen herauszustellen, damit sich möglichst viele Menschen privat versichern.

Das verspätete Auszahlen des Weihnachtsgeldes zeigt zudem: Auch nach inzwischen Jahren der Geschäftsführung hat es Stabilität und Sicherheit mit Sana nie gegeben und wird es auch nicht geben. Wir befürchten zudem einen Dominoeffekt in Richtung Privatisierung, falls das GKM fällt. **Für uns steht in aller Klarheit fest, das Verscherbeln der Krankenhäuser ist Klassenverrat!**

Wir halten als mögliche Lösungen den „Masterplan RLP für Krankenhäuser des DGBs“ dagegen. Wir kritisieren im vollen Maße die Landesregierung, die mit dem Geldsegen von BioNTech die Hälfte der Investitionsschulden der Kommunen erlassen hat, statt dieses Geld für die Rettung des Gesundheitswesens zu nutzen. Wann übernehmen die Politiker*innen die Verantwortung für die Schicksale, über die sie entscheiden? Wann erklärt der Oberbürgermeister David Langner vor dem Bürger*innen seine gravierenden Fehler im Bezug des GKM? Angefangen von seiner Arbeit als Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung oder jetzt als Oberbürgermeister?

Die LINKE. hat keine Scheu sich mit Mächtigen anzulegen. Wir bleiben kämpferisch für alle Betroffenen und bleiben uns treu: Gesundheit ist keine Ware!

BONUSMATERIAL - BONUSMATERIAL - BONUSMATERIAL

Seit einigen Jahren laufen die Privatisierungsverhandlungen zum GKM. In unserem Bonusmaterial findest Du eine Darstellung zur Ausgangssituation und den bisherigen Entwicklungen sowie unseren Aktionen. *Du findest es online auf unserer Webseite:*

[HTTPS://WWW.DIE-LINKE-KO.DE/DIE-LINKE-KOBLENZ/ZEITUNG-LINKSDRUCK/](https://www.die-linke-ko.de/die-linke-koblenz/zeitung-linksdruk/)



SPÜRNASE+ PAPPNASE
DER ERFINDER COMIC von PETER STRUNK
Geschaffen zur Unterstützung der freien Erfinder sowie der Erfindernachwuchsförderung.



Erfindercomic von: Peter Strunk

WAS IST SANA?

Der private Klinikkonzern Sana, eine Aktiengesellschaft privater Versicherungen, hat bereits seit 2019 die Geschäftsführung des GKM übernommen. Ein Konzern, der mit Skandalen und Massenentlassungen von sich Reden macht. Seit Juli 2021 verhandelt der Oberbürgermeister der Stadt Koblenz, David Langner, mit Sana und es ist zu befürchten, dass Sana darauf aus ist, 51% der Geschäftsanteile des GKM zu beanspruchen. Erhält Sana die Mehrheitsanteile, müsste sie für die meisten Entscheidungen keine Mitsprache der anderen Gesellschafter einholen und hätte damit freie Hand das GKM weiter nach ökonomischen Maßstäben auszurichten.

Konkret heißt das u.a.:

- X Entlassungen
- X Ausgliederung von Teilbereichen wie Reinigung, Facility Management, usw.
- X "Flexibilisierung" von Löhnen, Kündigungsschutz, usw.
- X Schließung von Standorten

2019

✓ **Begrünte Bushaltestellen:**

Die Dächer der Bushaltestellen in Koblenz werden begrünt, um dem Insektensterben entgegen zu wirken und um die Stadt optisch aufzuwerten.

✓ **Zugang zu Einwohnerfragestunde erleichtert:**

Das Einreichen von Fragen an den Rat wurde vereinfacht und die Fragestunde an den Anfang der Ratssitzungen gelegt.

✓ **Livestreaming der Ratssitzungen:**

Ab 2023 werden die ersten Koblenzer Ratssitzungen im Internet zu sehen sein. Ratsarbeit wird so deutlich barrierefreier und zugänglich für alle.

✓ **Quote für sozialen Wohnungsbau:**

Bei Wohnneubauprojekten wurde 30% der Wohnfläche für sozialen Wohnungsbau festgeschrieben (Gemeinsam im Bündnis gestellt, federführend: SPD).

✓ **Klimanotstand:**

Die Stadt ruft den Klimanotstand aus und verpflichtet sich dazu, weitreichende Maßnahmen zu ergreifen, um diesem sozial verträglich entgegen zu wirken (Gemeinsam im Bündnis gestellt, federführend: Die Grünen).



2021

✓ **Sozialticket KoblenzPass:**

Der KoblenzPass ist eine vergünstigte Fahrkarte für Sozialhilfeempfangende in Koblenz. Mit dieser können die Inhaber*innen zusätzlich vergünstigt in Theater, Museen und andere kulturelle Einrichtungen.

✓ **Unterstützung des Radentscheides**✓ **Solaroffensive:**

Um die Solarenergie auszubauen, prüft die Stadt wo Solaranlagen errichtet werden können und führt jährlich Veranstaltungen zur Information von Privatpersonen durch (Im Bündnis gestellt, Federführend: Die Grünen).

✓ **Jugendrat wird gleichwertig zu anderen Gremien betrachtet und vergütet**✓ **Umbenennung der „Danziger Freiheit“ in „Esther-Bejarano-Straße“:**

Der alte Name der Straße diente der Propaganda der Nazis. Er wurde endlich mit dem Namen der Holocaustüberlebenden Esther Bejarano ersetzt, die sich bis zu ihrem Tod im Jahr 2021 gegen Faschismus eingesetzt hat.

Esther-Bejarano Str.



2020

✓ **Ehrenbürgerschaft von Hindenburg und Michel aberkannt:**

Der Stadtrat hat sich deutlich von der Ehrung der beiden Verbrecher distanziert und ihre Namen von der Ehrentafel gestrichen.

✓ **Elektrische Gesundheitskarte statt Behandlungsschein für Geflüchtete**✓ **Unterstützung der Seebrücke:**

Die Stadt hat sich dazu bereit erklärt, Personen aus Seenot aufzunehmen. Damit unterstützt Koblenz die Seebrücke zwar formell, jedoch erfüllt die Verwaltung bisher leider nur das Allermindeste, um dieser Unterstützung gerecht zu werden.

✓ **Ächtung des N-Wortes**✓ **Queerbeauftragte*r:**

Das Amt dient den Anliegen der queeren Personen in Koblenz und gibt diesen eine starke Stimme.

✓ **Smart City:**

Es wurden Handlungsfelder erarbeitet, die nun umgesetzt werden sollen. Dem ursprünglichen Antrag, der eine Digitalisierung der Verwaltung, mehr W-Lan-Hotspots und Ladestationen forderte, wird die Verwaltung bisher leider nicht gerecht.



2022

✓ **Inklusionsbeirat:**

Um die Stadt Koblenz inklusiver und hindernisfreier zu gestalten, wurde ein Inklusionsbeirat geschaffen, der sich zielgerichtet für die Belange von beeinträchtigten Personen einsetzt.

✓ **Unterstützung der Einrichtung von geschützten Räumen für LSBTIQ*-Personen**➤ **Schängeltreffen:**

Das Cornern, also sich draußen mit Freunden zum Trinken und Zeitverbringen zu treffen, ist während der Lockdowns bei vielen beliebt geworden. Mit den Schängeltreffen wollen wir zentrale Orte schaffen, an denen man cornern kann, ohne andere Menschen dabei zu stören (Umsetzung noch in Prüfung).

✓ **Um den Taubenbestand nachhaltig einzudämmen, orientiert sich die Stadt an dem erfolgreichen „Augsburger Modell“**✓ **Kostenlose Menstruationsartikel:**

In zwei Schulen in Koblenz werden erstmals Automaten mit kostenlosen Menstruationsartikeln auf den Schultoiletten angebracht.



Oliver Antpöhler-Zwiernik DIE LINKE.
Fraktionsvorsitzender



Kevin Wilhelm Die PARTEI
Stv. Fraktionsvorsitzender

Die LINKE-PARTEI.
Stadtratsfraktion Koblenz

Die LINKE-PARTEI, Stadtratsfraktion Koblenz
Willi-Hörter-Platz 1
56068 Koblenz

📱 @linksfraktion-koblenz 🌐 linksfraktion-koblenz.de



unsere
wichtigsten
Erfolge



Nicht nur an den europäischen Grenzen werden Mauern errichtet, sondern auch innerhalb Europas, entlang der ungleichen Arbeitsverhältnisse

Rezension des Buchs „Die modernen Wanderarbeiter*innen. Arbeitsmigrant*innen im Kampf um ihre Rechte“ (2021) von Kathrin Birner & Stefan Dietl. Unrast Verlag, 12,80 €

Von Lorian Metzger

Habt ihr schon mal von ihnen gehört, den „modernen Wanderarbeiter*innen“? Es ist nicht unbedingt verwunderlich, wenn nicht. Denn wie man dem Buch von Kathrin Birner und Stefan Dietl entnehmen kann, wird in der Öffentlichkeit kaum über Wanderarbeiter*innen berichtet: „Sie sind tagtäglich tausendfach präsent, ob im LKW, auf der Baustelle oder in Fabriken, und sind trotz ihrer wichtigen Rolle im Alltag weitgehend unsichtbar.“ (S. 7) Es handelt sich also um Arbeitsmigrant*innen, die für eine begrenzte Zeit, meist für einige Wochen oder Monate, nach Deutschland kommen, um hier bspw. in der Fleischindustrie, Pflege oder der Transport- und Logistikbranche zu arbeiten und dann wieder in ihr Heimatland zurückzukehren.

Dass die Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Menschen selten öffentlich thematisiert werden, hat System. Wanderarbeiter*innen leben und arbeiten unter den schlimmsten Bedingungen: Sie werden nicht nur schlecht bezahlt, sie werden schikaniert, gesundheitlich ausgebeutet, in ihren meist elenden Unterkünften bewusst abgeschottet, sie erfahren Entrechtung, Diskriminierung, Gewalt und werden häufig um ihren Lohn geprellt. Es geht hier nicht um die Skandalisierung von Einzelfällen - so, als gäbe es gute und schlechte Arbeitgeber*innen und es sei eben Sache des Zufalls, wenn man an die schlechten gerate. Dass es diese auch gibt, ist unbestritten und wir können einige besonders perfide Ausbeuter*innen im Buch kennenlernen. Grundlegender aber ist: Die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen sind politisch gewollt: „Die Ausbeutung von Wanderarbeiter*innen ist eine der Grundlagen des deutschen Exportmodells.“ (S. 13) Das ist eine der wichtigsten Lehren, die ich aus dem Buch von Birner und Dietl mitgenommen habe und eine der Gründe, weshalb ich es in *linksdruck* besprechen möchte. Ein weiterer Grund für die Wahl dieses Buches ist die Haltung der Autor*innen: Sie distanzieren sich klar davon, den Betroffenen „eine Stimme zu geben“. Stattdessen zeigen sie einige erfolgreiche Arbeitskämpfe von Wanderarbeiter*innen, die es gilt zu unterstützen, statt paternalistisch für eine Gruppe zu sprechen, die man womöglich noch nie getroffen hat. Das ist ein starker Appell an Gewerkschaften und die politische Linke, den wir ernst nehmen sollten.

Ein Blick auf die EU-Migrationspolitik und die Rolle Deutschlands

Die Autor*innen beschäftigen sich ausschließlich mit innereuropäischer Arbeitsmigration, also mit Wanderarbeiter*innen, die aus Ländern kommen wie bspw. Polen, Rumänien, Bulgarien, der Tschechischen Republik, Ungarn, Italien, Spanien oder Griechenland. In ihrem ersten Kapitel zeigen die Autor*innen: „Das EU-Recht zur grenzüberschreitenden Arbeitsmigration bildet nicht nur den Rahmen, sondern auch die Grundlage für die Ausbeutung migrantischer Arbeitskraft, von der Deutschland wie kein zweites EU-Land profitiert.“ (S. 8) Aufgrund der Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit können Staatsangehörige aus anderen EU-Ländern im Prinzip uneingeschränkt in Deutschland arbeiten. Mitnichten ist es aber so, dass Menschen diese Möglichkeit freiwillig nutzen. Sie werden durch ihre Lebensverhältnisse dazu gedrängt, einer

”

Sie sind tagtäglich tausendfach präsent, ob im LKW, auf der Baustelle oder in Fabriken, und sind trotz ihrer wichtigen Rolle im Alltag weitgehend unsichtbar.

Arbeit im Ausland nachzugehen. Die Autor*innen können zeigen, dass diese krassen ungleichen Lebensverhältnisse in der EU Resultat einer aggressiven neoliberalen Wirtschaftspolitik sind, deren Profiteure vor allem Deutschland ist. Dazu geführt haben u.a. die steigenden deutschen Exportüberschüsse, die das Gefälle in Europa maßgeblich bestimmen sowie auch die Etablierung des Niedriglohnsektors in Deutschland, mit dem die europäischen Nachbarn nicht mithalten können. Es war die rot-grüne Bundesregierung, die Anfang der 2000er Jahre mit den Hartz-4 Gesetzen u.a. den Ausbau von Leiharbeit, Werkverträgen, Befristungen und Minijobs ermöglichte. Aktuell arbeiten etwa 40 Prozent der Beschäftigten in Deutschland in den dadurch geschaffenen prekären Beschäftigungsverhältnissen (S. 88). Darüber hinaus sind es diese Instrumente, also z.B. Werkverträge oder Scheinselbständigkeiten, mit denen Wanderarbeiter*innen ausgebeutet werden: „Die Ökonomie der Werkverträge und Subunternehmen spielt im postmodernen Kapitalismus eine zentrale Rolle. Sie sind wesentliche Instrumentarien der Flexibilisierung von Arbeitsbeziehungen und der Fragmentierung von Arbeitsprozessen.“ (S. 83) Im Konkreten heißt dies z.B., dass viele Teilaufgaben auf Subunternehmen ausgelagert werden. Warum?



Es bringt Gewinnmaximierung und man schließt immer mehr Menschen davon aus, einer ‚normalen‘ abhängigen Beschäftigung nachzugehen. Damit geht eine Entrechtung von Arbeitsverhältnissen einher sowie der Abbau sozialer Sicherungssysteme. Nachzulesen sind diese Funktionsweisen von Werkverträgen und Subunternehmen im 5. Kapitel des Buches.

Wie Wirtschaftswachstum in Deutschland funktioniert: Entrechteten und Ausbeuten

Dass Wanderarbeiter*innen aus der Not heraus eine zeitlich befristete Arbeit in Deutschland annehmen, zeigen auch die miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen, die die Autor*innen ausführlich in ihrem zweiten Kapitel beschreiben. Ihr Bericht ist sehr umfassend, da sie sich mit vielen Branchen befassen und hier auf viele spezifische rechtliche Konstellationen eingehen. Wer in der Fleischindustrie, in der Landwirtschaft, der häuslichen Pflege, dem Baugewerbe, der Transport- und Logistikbranche oder im industriellen Sektor tätig ist, sollte unbedingt diese Kapitel lesen, da hier die aktuelle Situation der Wanderarbeiter*innen in der jeweiligen Branche ausführlich dargestellt wird. Ich möchte hier nur kurz auf die Situation in der Fleischindustrie eingehen: Vielleicht werden sich einige von euch noch an die humanitäre Katastrophe im Tönnies-Stammwerk Rheda-Wiedenbrück erinnern. 2020 während der Covid-Pan-

”

Die Ausbeutung von Wanderarbeiter*innen ist eine der Grundlagen des deutschen Exportmodells.

demie wurden hier 1.500 Infektionen gemeldet und für einen kurzen Augenblick erhielten die menschenverachtenden Lebens- und Arbeitsbedingungen der Wanderarbeiter*innen öffentliche Aufmerksamkeit, die jedoch nicht lange anhielt. Dass hier wieder schnell weggeschaut werden konnte, ist sicherlich dem Ausbeuter Clemens Tönnies zu verdanken, dessen Betrieb bei

der Schlachtung von Schweinen einen Marktanteil von mehr als 30 Prozent auf sich vereint. Unterstützt durch die damalige Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) wettete Clemens Tönnies gegen ein generelles Verbot von Werkverträgen in der Fleischwirtschaft. Eine Forderung, die aufgrund der skandalösen Zustände politisch schlussendlich doch durchgesetzt werden konnte, auch wenn mit gravierenden Einschnitten. Ab dem 1.1.2021 sind Werkverträge und ab den 1.4.2021 Leiharbeit in der Fleischindustrie verboten, jedoch nur beim Schlachten und Zerlegen (S. 36). Die Fleischverarbeitung betrifft es nicht und es gibt massig Schlupflöcher für die weitere Fortführung der Ausbeutung von Wanderarbeiter*innen. Die meisten Wanderarbeiter*innen, die in deutschen Schlachtfabriken tätig sind, sind dies fast ausschließlich auf Basis von Werkverträgen und Leiharbeit. Die wenigsten von ihnen sind beim Konzern selbst beschäftigt, sondern bei Subunternehmen, die wiederum über mehrere GmbHs verfügen, sodass meist undurchsichtig bleibt, wer eigentlich rechtliche Verantwortung trägt. Die Hauptkonzerne jedenfalls übernehmen keine rechtliche Verantwortung für Arbeitsschutz, die Einhaltung des Mindestlohnes usw. Die Autor*innen berichten vielmehr, dass diese Struktur der Subunternehmen in der Fleischindustrie von organisierter Kriminalität begleitet wird, für die „die Arbeitnehmerüberlassung ein

” **In den seltensten Fällen werden Wanderarbeiter*innen in die Forderungsfindung und das politische Vorgehen der Gewerkschaften und der inzwischen zahlreichen Bündnisse eingebunden.**

lukrativer Nebenweig des illegalen Menschenhandels“ (S. 32) ist. Weil die Verträge der Wanderarbeiter*innen meist auf wenige Monate begrenzt sind, ist es ihnen kaum möglich, sich gegen Lohnraub zu wehren, zudem werden sie eingeschüchert und bedroht. Es gibt viele Mittel des Lohnraubs und der Umgehung des Mindestlohnes: z.B. wird Mehrarbeit einfach nicht aufgeschrieben, Pausen werden abgezogen, die Lohnversprechungen der Agentur im Ausland entpuppen sich in Deutschland als falsch, Arbeitskleidung und Arbeitsmittel sowie überbeuerte Unterkünfte werden vom Lohn abgezogen und nicht selten wird der Lohn einfach nicht ausgezahlt, da die Ausbeuter*innen davon ausgehen, dass sich die Beschäftigten meistens nicht trauen werden, sich zur Wehr zu setzen.

INFOBOX: Faire Mobilität

Faire Mobilität gibt es seit 2011, sie ist ein Beratungsnetzwerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit insgesamt bundesweit 13 Standorten, die Beschäftigte aus Mittel- und Osteuropa arbeitsrechtlich in ihren Herkunftssprachen unterstützen. Sie veranstalten zudem Konferenzen sowie Workshops und Seminare z.B. für Betriebsräte. <https://www.faire-mobilitaet.de/>

Ein ausbeuterisches System stabilisiert sich durch Diskriminierung und Rassismus

Wir haben ein riesiges Netz von Agenturen mit entsprechender Ausstattung von Anwalt*innen, die sich auf die Vermittlung von migrantischen Arbeitskräften aus Ost- und Südeuropa spezialisiert haben und es zu verhindern wissen, dass dieses System nicht angerührt wird: „Die rechtliche Lage gleicht einem Labyrinth und die migrantischen Beschäftigten nehmen in der Regel Abstand davon, sich darin zu verirren.“ (S. 88) Bleibt es also völlig aussichtslos? Im Kapitel 4 zeigen die Autor*innen, dass die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ (FSK), die dem Zoll angegliedert und u.a. zuständig ist für die Kontrolle der Mindestarbeitsbedingungen, bei der Unterstützung von Wanderarbeiter*innen nicht besonders hilfreich ist. Dies liegt nicht nur an der fehlenden finanziellen und personellen Ausstattung der Behörde, sondern erstens daran, dass es dieser Behörde schwerpunktmäßig darum geht, die den Sozialkassen entgangenen Sozialbeiträge sowie die dem Staat entgangenen Steuern einzutreiben und nicht für die Rechte der Wanderarbeiter*innen zu kämpfen. Vielmehr ist ihr Vorgehen repressiver Art und richtet sich gegen die Belange und Interessen der Wanderarbeiter*innen. Und zweitens sind die Methoden der Ausbeutung schlichtweg politisch gewollt, wie die Autor*innen betonen. Eine wichtige gesetzliche Rahmung ist hierbei die sog. Entsendung, bei dem der Arbeitgeber seinen Sitz in einem anderen Land hat. Die Autor*innen halten fest: „Die europäische Entsenderichtlinie beispielsweise, die häufig die Grundlage für die Tätigkeit mobiler Beschäftigter in Deutschland ist, hat nicht zum Ziel, gleiche Arbeits- und Lohnbedingungen zu schaffen oder die Wanderarbeiter*innen zu schützen, sondern soll die stetige Zufuhr billiger Arbeitskräfte von Osteuropa in die Zentren der europäischen regeln.“ (S. 72 f.) Nicht nur an den europäischen Grenzen werden Mauern errichtet, sondern auch innerhalb Europas, entlang der ungleichen Arbeitsverhältnisse.

Manifestiert wird diese Ungleichheit durch systematische und rassistische Diskriminierung, die die Beschäftigten tagtäglich erfahren und durch die sie beschämt werden. Dieses Thema wird viel zu selten besprochen, daher bin ich besonders froh,

dass sich die Autor*innen in ihrem 4. Kapitel diesem Thema widmen, das sicherlich noch viel breiter besprochen werden könnte. Es geht nicht nur um die Diskriminierung durch die Arbeitgeber*innen und politisch Verantwortliche. Es geht um strukturelle Diskriminierung von Wanderarbeiter*innen, weil sie nicht den gleichen Zugang zum und nicht die gleichen Rechte auf dem Arbeitsmarkt haben. Aber auch öffentlich werden Wanderarbeiter*innen diffamiert, sie werden aufgrund ihrer Herkunft abgewertet, sodass „ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen von weiten Teilen der Gesellschaft nicht als Diskriminierung, als Ungerechtigkeit, gegen die es vorzugehen gilt, wahrgenommen werden, sondern als Normalität“ (S. 81). Antiziganistische Klischees spielen hier z.B. immer wieder eine Rolle (S. 80).

Fight back: Zusammen statt von oben herab

Im letzten Kapitel beschäftigen sich die Autor*innen damit, wie Wanderarbeiter*innen sich selbst organisieren und mit gewerkschaftlicher Hilfe erfolgreich gegen ihre Ausbeuter*innen agieren. Ja, denn es gibt sie, die Streiks der Wanderarbeiter*innen und sogar die erfolgreichen Streiks. Die Autor*innen berichten z.B. von einem 2020 stattfindenden Streik von 23 Bauarbeiter*innen im bayrischen Regensburg, die seit Wochen keinen Lohn erhalten hatten und sich daher zum Streik entschlossen. Mehr als 24 Stunden besetzen sie u.a. die Kräne der Baustelle und legten somit die gesamte Arbeit lahm. Sie waren bei einem italienischen Subunternehmen beschäftigt für das Unternehmen F&B Grundbesitz. Unterstützt wurden sie von der IG BAU und der gewerkschaftlichen Beratungsstellen Faire Mobilität und Faire Integration. Ihr Streik hatte Erfolg, sie erhielten ihren ausstehenden Lohn (S. 91 f.). Die Entschlossenheit der Streikenden sowie die

WERBEANZEIGE:



Unterstützung durch die Gewerkschaften war hier besonders ausschlaggebend gewesen.

Doch zeigen die Autor*innen, dass sich die Gewerkschaften erst in den letzten Jahren immer mehr für Wanderarbeiter*innen einsetzen. Viele Jahre haben sie eher eine restriktive Haltung zur Arbeitsmigration vertreten und Wanderarbeiter*innen nicht als selbständig handelnde Subjekte wahrgenommen (S. 94). Mittlerweile aber bemühen sich auch langsam die DGB-Gewerkschaften um Angebote und konkrete Aufklärungs- und Ansprachestrategien für Wanderarbeiter*innen und arbeiten mit

ausländischen Gewerkschaften zusammen (S. 97). Aber nicht nur Beratungsangebote sind wichtig, Gewerkschaften versuchen auch auf die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen einzuwirken. Z.B. indem sie den Ausbau der Nachunternehmerhaftung fordern. Diese würde dafür sorgen, dass Unternehmen bei Lohn- und Sozialversicherungsbetrug ihrer Subunternehmen umfassend und schnell in Haftung genommen werden könnten (S. 100). Auch die gesetzliche Erleichterung der Umsetzung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen wäre ein wichtiger politischer Schritt (S. 101).

Wichtig sind auch zivilgesellschaftliche Bündnisse, Netzwerke und Initiativen. Aber die Autor*innen warnen hier auch vor Paternalismus, denn: „In den seltensten Fällen werden Wanderarbeiter*innen in die Forderungsfindung und das politische Vorgehen der Gewerkschaften und der inzwischen zahlreichen Bündnisse eingebunden.“ (S. 105) Ich wünsche mir, dass wir als Linke diesem Paternalismus entgehen und gemeinsam gegen die voranschreitende Entrechtung von Arbeitsverhältnissen kämpfen. Das Buch von Birner und Dietl gibt uns hierzu eine gute und richtige Richtung.

AKTUELL:

Seit über 3 Wochen streiken LKW-Fahrer an der Autobahnraststätte Gräfenhausen-West zwischen Frankfurt und Darmstadt. Sie sind als Scheinselbstständige bei einem polnischen Spediteur angestellt und wurden um ihren Lohn geprellt. Trotz Einschüchterungsversuche durch einen uniformierten Schlägertrupp lassen sie sich in ihrem Streik nicht beirren. Mehr Infos: <https://jacobin.de/artikel/lkw-streik-gegenlohnraub-geht-weiter-graefehausen-fernfahrer-subunternehmer-mindestlohn-lohndumping/>

Was machst du eigentlich beruflich?

Ein Essay über die Fragen, die wir uns einander stellen und solche, die wir uns stellen könnten

Von Rina Noll

Es mag wohl an meiner Person liegen, dass mich die scheinbar banalsten Fragen irritieren. „Was machst du eigentlich beruflich?“ War es das überraschte Lächeln, der leichte Vorwurf in der Stimme oder gar der Satz, der nach dieser Frage folgte, der mich stutzig machte? „Du hast so viel Zeit.“ Es klingt wie eine Entschuldigung und Anschuldigung gleichermaßen. Ich habe nicht das Gefühl, viel Zeit zu haben. Mein Terminkalender ist voll und die To-do-Listen sind unerlässlich, um meinen Alltag zu planen und keine Aufgabe zu vergessen. Was die Person eigentlich zum Ausdruck bringen wollte, ist wohl der Umstand, dass ich nicht nach einer (mindestens) 40-Stunden-Woche auf dem Sofa liege und bei der im Grunde langweiligen Serie einschlafe, nur um meine Rechnungen zu bezahlen, sondern in Teilzeit arbeite und tatsächlich recht viele Interessen und Hobbies habe. Eine Dreistigkeit scheint die Form meines Daseins im Angesicht der „hart arbeitenden“ Bevölkerung zu sein!

Dass dieser Umstand im Grunde darauf beruht, dass ich versuche genügsam zu sein, in einer kleinen Wohnung lebe, mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahre und Investitionen genauestens überdenke, nur damit ich mein Leben deutlich häufiger mit Aktivitäten und Personen verbringe, die ich liebe, ist scheinbar irrelevant und alleine die Erwähnung führt zu noch mehr Unverständnis. Denn wer möchte nicht ein Haus, ein Carport, eine*n Ehepartner*in, Kinder und Haustiere haben? Dann ist man schließlich glücklich und nur dann und erst dann. Vorher nicht.

„Wollen Sie die Stelle als Vollzeitkraft ausüben?“, fragte mich mal jemand im Bewerbungsgespräch. „Was?“ war die doch eher unseriöse Gegenfrage von mir. „Naja, ihr Kind ist bereits 7 Jahre alt, da wollen Sie doch bestimmt Vollzeit arbeiten.“ Mir gingen in diesem Moment so viele Fragen durch den Kopf. Viele Menschen können nicht verstehen, dass es mir um gute Arbeitsbedingungen geht und nicht darum, so viel wie möglich zu arbeiten, in der Hoffnung, auch dementsprechend belohnt zu werden (oder zumindest nach der 5. Gehaltsverhandlung, die auch auf jeden Fall „irgendwann“ bei „angemessener Leistung“ kommen wird...).

„Was machst du eigentlich beruflich?“ Eine Frage von Menschen, die gelernt haben, sich über ihre Arbeit zu definieren (und nur noch darüber) und den Wert von Menschen nicht anerkennen, die das eben nicht tun wollen.

Laut Arbeitgeberverband sollen Menschen „mehr Bock auf Arbeit“ haben, in einer Zeit, in der sich normal sterbliche Menschen so ziemlich nichts leisten können, egal um wieviel sie ihre Stunden aufstocken. In einer Gesellschaft, in der ein ungesundes Konsumverhalten hoch angesehen, aber Arbeit nicht gewertschätzt wird, sind wir alle nur Verlierer*innen. Den ersten Burnout wird man nicht mit der Aufnahme eines Kredites los. Möchte Mensch da der Generation Z tatsächlich Vorwürfe machen, dass diese jungen Menschen nicht mehr einsehen wollen, wieso sie ihre Lebenszeit billig verkaufen sollten?

„Wie verbringst du deine Lebenszeit?“ ist das, was mich wirklich interessiert. Was macht dein Leben aus und wieso magst du es und an welchen Stellen arbeitest du gerade, damit du dich wohl fühlst? Welche Aktivitäten machen dich aus und wofür stehst du?

Ich habe aufgehört, Menschen auf die Frage zu antworten, was ich „eigentlich beruflich mache“. Vor allem wenn ich bemerke, dass Menschen im Grunde nur erfahren wollen, was für ein Leben jemand führen muss, der „zu viel Zeit“ hat und trotzdem existieren kann. Sie fühlen sich in ihrer Position bestärkt, wenn ich ihnen erkläre, wieviel ich verdiene. Dann wird aus einem „Was machst du eigentlich beruflich?“ auch ein „Aber willst du nicht irgendwann...?!“

Euer Wert richtet sich nicht danach, wie viel Geld ihr einnehmt oder ausgebt. Euer Wert verändert sich nicht, nur weil ihr Menschen beeindruckt oder andere Menschen euren Lebensstil für erstrebenswert halten. Es gibt gar keinen „Wert“ von

Lebewesen. Ein Leben ist durch nichts aufzuwiegen und der "Wert" wird nur von Fremden festgelegt, die das Individuum danach beurteilen, wie sehr es in ihre Weltanschauung passt.

Wir sitzen im gleichen Boot, wir sind alle Teil dieses Systems und dieser Gesellschaft und tatsächlich der deutlich größere Anteil davon. In diesem Sinne würde ich mir weniger Fragen dazu wünschen, was andere Menschen "eigentlich beruflich machen" und mehr Bestärkung dafür, dass jeder Mensch die Möglichkeit haben sollte, das Leben bedürfnisorientiert gestalten und sich entfalten zu können.

Ihr könnt Blumen umtopfen, damit sie größer werden und wachsen können, aber ihr schafft es nicht euren Mitmenschen und nicht einmal euch selbst das gleiche zuzugestehen.

„Ich sehe eine kämpferische Generation, die sich nicht mehr alles gefallen lässt“

Zur aktuellen Situation der Azubis im öffentlichen Dienst

Von Sebastian Dohn

Liebe Kolleg*innen, liebe Genoss*innen, die Azubis (Auszubildende) sind die Zukunft! Wenn wir uns unser gesellschaftliches Zusammenleben anschauen, dann ist z.B. der öffentliche Dienst unverzichtbar hierfür. Sei es die Kolleg*innen innerhalb der Krankenhäuser, in den Kindertagesstätten oder in der Ver- und Entsorgung. Ohne Fachpersonal würde dieser aber nicht funktionieren und ohne Azubis kein Fachpersonal. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz.

Wir haben zurzeit einen riesigen Fachkräftemangel. Dies wurde erst von den Arbeitgebenden stark öffentlich betont und nun in der 1. und 2. Verhandlungsrunde im öffentlichen Dienst geleugnet. In der 2. Verhandlungsrunde der Tarifaufeinandersetzung im öffentlichen Dienst wurde zudem von den Arbeitgebenden eine Lohnerhöhung bei den höher gruppierten Arbeitnehmer*innen angeboten. Azubis sowie die unteren Entgeltgruppen sollen nichts bekommen. Dies ist eine bodenlose Frechheit!

Denn: Wir können die Realität nicht verleugnen!

2023 sind in Deutschland durchschnittlich 771.165¹ freie Arbeitsplätze nicht besetzt worden bzw. noch zu besetzen. Aktuell sind 360.000² Stellen im öffentlichen Dienst unbesetzt. Bis 2030 sollen 840.000³ Stellen fehlen. Zudem werden bis 2030 altersbedingt 1,5 Millionen Personen³ den



Verdi Jugendstreiktag in Mannheim am 01.03.23 Foto: Joe Pohl

öffentlichen Dienst verlassen.

Im Jahr 2021/22 waren 68.868³ Ausbildungsplätze unbesetzt.

Hinzu kommt, dass für die Azubis die Inflation bzw. die steigenden Preise am stärksten die Lebensbedingungen schmälern, da sie meist das geringste Einkommen innerhalb der Betriebe haben. Doch viele Azubis müssen umziehen, um ihre Ausbildung antreten zu können oder lange

Strecken pendeln. Diese Kosten sind mit den derzeitigen Ausbildungsgehältern kaum zu stemmen. Freizeitgestaltung wird somit zu einem Luxusgut.

Dies ist so nicht hinnehmbar!

Im öffentlichen Dienst fordern unsere Mitglieder für die Azubis eine Erhöhung der Ausbildungsgehälter um 200€, um die Inflation auszugleichen und um wieder die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu garantieren.

Außerdem wird eine unbefristete Übernahme gefordert, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und den Azubis bzw. den jugendlichen Arbeitnehmer*innen eine Zukunftsperspektive zu geben. Nur mit solch einer Übernahmegarantie haben Azubis eine Planungssicherheit!

Dass die Arbeitgeberseite meint, dies nicht bezahlen zu können, ist absolut lächerlich.

Die Steuereinnahmen im Haushaltsjahr 2022 stiegen um



Verdi Jugendstreiktag in Mannheim am 01.03.23 Foto: Joe Pohl

7,1%⁴. Ein gutes Beispiel ist die Gewerbesteuer. Diese Steuereinnahmen sind im Jahr 2021 um 34,9%⁵ gestiegen und somit auf dem höchsten Stand seit 1991.

Wir haben mal wieder ein klassisches Problem bei der Umverteilung. Dieses Geld muss bei den Beschäftigten und vor allem bei den Azubis ankommen!

Am 01.03.2023 waren deutschlandweit Jugendstreiktage, zu denen unsere Gewerkschaft ver.di aufgerufen hatte. 6.000 Azubis und jugendliche Arbeitnehmer*innen haben an diesem Tag bundesweit gestreikt, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Ich sehe eine kämpferische Generation, die sich nicht mehr alles gefallen lässt!

Ich sehe eine Generation, die sich solidarisiert, um ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern.

Ich sehe eine Generation, die laut und politisch unangenehm ist.

Dies macht mich sehr stolz und genau hier müssen wir weitermachen!

Nur gemeinsam sind wir stärker als eine*r für sich alleine!

- 1) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2903/umfrage/jahresdurchschnittswerte-des-bestands-an-offenen-arbeitsstellen/>
- 2) <https://www.mckinsey.com/de/news/presse/2023-01-25-it-talent-im-public-sector>
- 3) <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Fachstatistiken/Ausbildungsmarkt/Aktuelle-Eckwerte-Nav.html;jsessionid=8DA37EA22D9BF3CCD11655123111A403>
- 4) <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2023/01/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-2-steuereinnahmen-2022.html>
- 5) https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/08/PD21_362_713.html

Sebastian Dohn ist Jugendsekretär der Gewerkschaft Ver.di im Bezirk Mittelrhein.
Kontakt: Sebastian Dohn, Neustadt 9/10, 56058 Koblenz

Mail: sebastian.dohn@verdi.de,
Telefon: +49 261 97355 – 53,
Handy: +49 160 2309060



Kommentar zum Versammlungsfreiheitsgesetz

Von Oliver Antpöhler-Zwiernik

Mit Sorge schauen wir auf die Einschränkungen des Grundrechts, die Ende März in Hessen von der schwarz-grünen Mehrheit im Landtag beschlossen wurden. Während mit dem Namen „Versammlungsfreiheitsgesetz“ ein Schutz von politischen Versammlungen vorgetäuscht werden soll, ist es in Wirklichkeit ein Angriff auf die Versammlungsfreiheit. **Aus dem Impuls heraus Demonstrant*innen zu kriminalisieren, wurden den Polizei- und Ordnungskräften weitreichende Befugnisse erteilt.** So ist

es jetzt bei Versammlungen möglich, dass eine Clowns-nase schon als illegale Uniformierung gewertet werden kann, was eine Identitätskontrolle oder gespeicherte Videoaufnahmen mit sich bringt. Aber auch anonymer Protest wird hiermit komplett in den Ermessungsspielraum der anwesenden Beamt*innen gelegt. Ich erinnere an dieser Stelle, dass unmittelbar vor den Morddrohungen mit Signatur NSU 2.0 an die damals noch im Landtag sitzende Janine Wissler (DIE LINKE), ihre privaten Adressen von Polizei-PCs abgerufen wurden – und zwar mehrfach. Dies ist aber noch nicht alles. Eine kleine Auswahl aus dem Gesetz: Es gibt nun auch eine Zuverlässigkeitsüberprüfung der Anmelder*innen und der Ordner*innen, ein Verbot von

Seitentransparenten und ein Verbot passiver Bewaffnung (wie Helme oder Schutzbrillen, damit Pfeffergas und Schlagstock der Polizei, wen sie treffen, die gleiche Wirkung auf alle Menschen haben, egal welchen Alters oder welcher Beeinträchtigung).

Die Linke im Hessischen Landtag meldete gerichtliche Wege an, um gegen dieses menschenverachtende Gesetz vorzugehen. Es gibt also noch einen Hoffnungsschimmer. Nach NRW ist nun Hessen das zweite Nachbarbundesland, welches die Grundrechte für Streikende, Demonstrierende oder Mahnende massiv einschränkt. Was ist nur aus den demonstrationsfreudigen Grünen geworden...

Esther-Bejarano-Festival – Der Kampf für Erinnerung lebt weiter

Von Sergej Klein

Vor nunmehr eineinhalb Jahren hat in einem anstrengenden und kräftezehrenden Kampf die Die LINKE-PARTEI. Stadtratsfraktion Koblenz gegenüber den konservativen Parteien durchgesetzt, dass die „Danziger Freiheit“ in Koblenz zur Esther-Bejarano-Straße umbenannt wurde. Im Stadtrat unterstützt wurden sie dabei von den Grünen Koblenz und der SPD Koblenz und auch durch die Enthaltung der WGS Stadtratsfraktion Koblenz. Darüber hinaus wirksam war die große Unterstützung vieler antifaschistischer NGOs.

Ein posthumer Sieg der kürzlich vorher verstorbenen Auschwitz-Überlebenden und Antifaschistin Esther Bejarano über das NS-Propaganda-Ministerium, das zur Eingliederung der freien Stadt Danzig deutsche Städte des Nationalsozialismus dazu aufgerufen hatte, Straßen nach Danzig zu benennen.

Nur wenige dieser Straßen waren verblieben – eine davon in Koblenz, direkt am deutschen Eck – einem der beliebtesten Orte für Tourist*innen.

Die Umbenennung durch die Stadt sollte dann am 20. April 2022 erfolgen – ein denkbar unglückliches Datum, deckt sich dieses doch mit dem Geburtstag Adolf Hitlers. Nach erneutem Widerstand wurde – ohne große Zeremonie – eine Umbenennung einen Tag später, am 21. April 2022, durchgeführt. Vor der Stadt Landshut hatte Koblenz damit die erste Straße zu Ehren Esther Bejaranos umbenannt. Schnell war die Idee geboren, die Zeremonie auf eigene Faust nachzuholen – mit einem Festival, das antifaschistische Politik mit Kunst und Kultur verbindet. So wie Esther das in ihrem jahrzehntelangen Kampf für Erinnerung und gegen Faschismus getan hatte.

Am 22.04.2023 ist es soweit. Wir feiern das erste Esther Bejarano Festival Koblenz mit tollen Künstler*innen aus dem deutschen Rap und Punk, einer Graffiti-Wall, politischem Bühnenprogramm, einer Ausstellung über Esther



Genoss*innen, Freund*innen und Aktivist*innen, die spontan die gewonnene Stadtratsentscheidung feiern an der „neuen“ Esther-Bejarano-Str.

Bejaranos Leben, einer Lesung aus ihren Memoiren, mit Kids-Corner und einem antifaschistischen Straßenfest, das von und für NGOs aus Koblenz ausgerichtet wird. Ein breites Bündnis aus Akteur*innen der Parteipolitik und zivilgesellschaftlicher Politik hat dafür in den letzten Monaten hart gearbeitet.

Die Schirmherrschaft wird Joram Bejarano, der Sohn Esthers, übernehmen. Der Eintritt ist nach sozialistischen Prinzipien frei, Verpflegung gibt es gegen Spende. Für die Künstler*innen wurde eine Einheitsgage vereinbart – alle sollen das gleiche bekommen, egal wie berühmt sie sind. Möglich ist

das durch die Förderung durch Demokratie Leben, die Amadeu-Antonio-Stiftung, die AStAs der Universität und Hochschule Koblenz, Schängel*innen gegen Rechts, die Falken RLP, den VVN-BdA, der auch als Veranstalter auftritt, und Spenden von Privatleuten. Bei ihnen allen bedanken wir uns zutiefst.

Esther Bejaranos Leben und Wirken, aber auch ihr schmerzlicher Tod, zei-

Selbstbestimmungsgesetz: Was ist das?

Von FAK*

Das Selbstbestimmungsgesetz soll das Transsexuellengesetz (TSG) ablösen, welches die Änderung von Vornamen und Personenstand regelt. Dieses wurde in den 70er Jahren eingeführt und seitdem mehrfach für teilweise verfassungswidrig erklärt. Auch wenn dies bereits zu kleinen Verbesserungen geführt hat, müssen trans Personen auch heute noch einen langwierigen, kostspieligen und entwürdigenden Prozess durchlaufen, welcher nur für binäre Geschlechter ausgelegt ist. Doch die Geschichte von trans Personen beginnt oft viel früher, wie uns eine nicht-binäre Person berichtet:

„Seit ich 13 Jahre alt bin, versuche ich mich in der Öffentlichkeit in ein binäres Bild zu zwingen, das nicht zu mir passt. Zuerst weiblich, dann männlich. 3 Jahre später habe ich meinen Transitionsweg nach dem TSG begonnen“. Und damit beginnt der Weg durch die Prozesse des TSG. Dazu gehören die Erstellung eines Trans-Lebenslaufs,

gen uns, dass es so langsam auf neue Generationen übergeht, die Verantwortung für den Kampf für Erinnerung an den Holocaust und die, die unter diesem leiden und sterben mussten, auf die eigenen Schultern zu nehmen. Mit dem Esther Bejarano Festival gibt es in Koblenz dazu einen ersten Versuch.

2 ärztliche Gutachten und ein gut 5000€ teures Gerichtsverfahren, das sich sehr lange hinzieht. Dey** berichtet, dass in den Gutachten „unglaublich übergriffige Fragen“ zur psychischen Verfassung und sexuellen Orientierung gestellt werden. Auch Fragen nach sexuellen Vorlieben, Masturbationsverhalten und -vorstellungen sind nach Berichten anderer trans Personen keine Seltenheit. Als wir dey fragten, was dey beim Gerichtsverfahren empfand, antwortete dey uns: **„Bei alledem war der Hintergedanke, dass ich einen Teil von mir, meiner grundlegenden Identität, nicht erklären darf, weil mir diese Person sonst nicht genehmigt, meinen eigenen Weg zu gehen.“**

Aufgrund solcher Berichte ist für uns klar, dass die TSG so nicht weiter bestehen kann. Diese Gutachten, die langen Wartezeiten, die teuren Gerichtsverfahren müssen abgeschafft und nicht-binäre Identitäten in der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Das ist das Ziel des Selbstbestimmungsgesetzes und deshalb darf es nicht mit neuen Wartezeiten und Ähn-

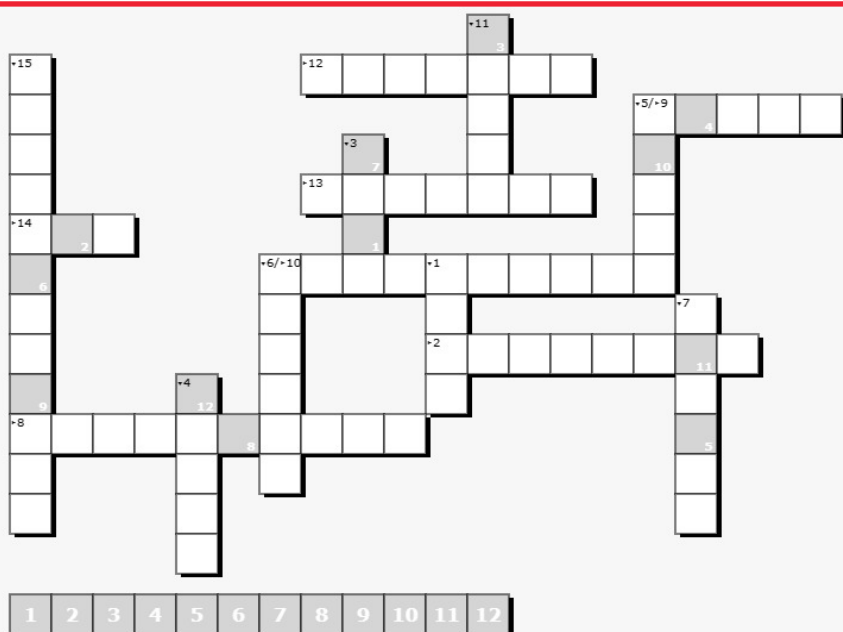


Flyer anlässlich des ersten Esther-Bejarano-Festival in Koblenz

lichem aufgeweicht werden. Doch darf es nicht nur beim Selbstbestimmungsgesetz bleiben: Der Zugang zur medizinischen Transition muss weiter vereinfacht, gesellschaftliche und staatliche Diskriminierungen weiter abgebaut werden. Denn am Ende weiß jede*r selbst am besten, wer sie*er ist und die Gesellschaft sollte ihnen dabei nicht im Wege stehen.

*Vollständiger Name ist der Redaktion bekannt.

**Dey ist ein sogenanntes Neopronomen, mit dem geschlechterneutrales Sprechen und Bezeichnen ermöglicht wird.



Erstellt mit XWords - dem kostenlosen Online-Kreuzworträtsel-Generator
<https://www.xwords-generator.de/de>

1. Vorname der berühmten Kämpferin in der Arbeiter*innenbewegung ...Luxemburg.
2. Bandname: Ton, Steine, ...
3. Eine der bekanntesten Widerstandsgruppen gegen das NS-Regime: Weiße ...
4. In dieser Stadt ist Karl Marx geboren.
5. Tiersymbol für den Frieden.
6. Vorname der Schriftstellerin, die das Buch „Das andere Geschlecht“ geschrieben hat.
7. Modernes Wort für Geschlecht.
8. Bundesland des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow.
9. Partnerstadt von Koblenz in Israel: Petah ...
10. Bewegung, die sich vor allem für in Seenot geratene Geflüchtete einsetzt.
11. Beste Partei Deutschlands: Die ...
12. Nachname einer ehemaligen Parteivor-sitzenden der Linken.
13. Schönste Stadt in Rheinland-Pfalz.
14. Farbe, die für den Kommunismus steht.
15. Bezeichnung für Frauenrechtlerinnen in GB und den USA Anfang des 20. Jhdts. (PI).



INFOBOX

Am 8. März, dem feministischen Kampftag, hat die offene FLINTA*-Gruppe in Koblenz eine vielfältige Veranstaltung organisiert mit anschließender Demo. Aufgetreten sind verschiedene Musiker*innen, es gab zahlreiche Infostände regionaler feministischer und queerer Gruppen, Vereine und NGOs, Reden und natürlich richtig leckere Verpflegung (KüFa).

Die Linkspartei war mit ihrer Frauen*gruppe Brot & Rosen vertreten. Den Flyer der offenen FLINTA*-Gruppe haben wir hier abgebildet.

Weitere Infos über Insta:
@feministaskoblenz

„Da steht uns noch viel Arbeit bevor, bis Frauen wirklich die Gleichberechtigung erlangen, die ihnen im Grundgesetz zugesichert ist.“

Von Ursula Rosenbaum

Am internationalen Weltfrauentag habe ich in diesem Jahr eine Rede über Arbeit, Armut, Rentnerinnen und alleinerziehende Frauen gehalten. Da unsere erste Ausgabe von *linksdruck* das große Thema Arbeit behandelt, habe ich einige Schwerpunkte aus meiner Rede herausgegriffen und zusammengefasst.

Auch heute noch arbeiten Frauen in Deutschland für 18% weniger Lohn als Männer¹. In Thüringen ging eine Frau vor das Arbeitsgericht, weil ihr Arbeitskollege einen Monatslohn von 4500 € erhielt, während sie bei

Daten & Fakten zum 8. März & warum es diesen Tag auch heute noch braucht.

Der feministische Kampftag hat seinen Ursprung im Kampf für das Frauenwahlrecht und den Arbeitskampf von Frauen des frühen 20. Jahrhunderts.

Im Nationalsozialismus wurde der Frauentag verboten und dafür der Muttertag als „Ersatz“ etabliert. An diesem Tag sollten sich Frauen über Dankesbekundungen freuen, aber selbst keine Forderungen stellen.

In der DDR galt der 8. März zunächst als offizieller Feiertag und sozialistische Pflichtveranstaltung, wurde aber ebenfalls zu einer Art Muttertag umfunktioniert.

In den 60er und 70er Jahren wurde der 8. März mit der Frauenbewegung wieder vermehrt zu einem Kampftag mit Forderungen nach Gleichberechtigung für Frauen in der Gesellschaft, ohne die Bedrohung durch Gewalt und Diskriminierung. Zentral waren die Forderungen nach Erwerbstätigkeit ohne die Zustimmung des Ehemannes und für das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper, um zum Beispiel legal eine Abtreibung durchführen zu dürfen (§218a, §219).

1975 erklärten die Vereinten Nationen den 8. März offiziell zum internationalen Frauentag. 1994 wurde vom Unabhängigen Frauenverband zum feministischen Kampftag mobilisiert, um auf Frauenarbeitslosigkeit und den Abbau der Kinderbetreuung im Osten aufmerksam zu machen.

Heute ist Feminismus queer, sex-positiv, trans*-inklusiv, intersektional und noch vieles mehr.

Am 8. März geht es uns und vielen anderen Gruppen weltweit darum, Feminismus und unsere Forderungen auf die Straße zu tragen, sich Gehör zu verschaffen und gegenseitig solidarisch miteinander zu sein.

gleicher Ausbildung, gleicher Arbeitszeit und gleicher Arbeit nur 3500 € erhielt². Beide Personen sprangen z.B. in Urlaub und Krankheit für den anderen ein. In erster Instanz kam das Gericht zu dem Schluss, dass der Mann besser verhandelt habe. Die Frau ging in Berufung und in nächster Instanz wurden ihr 14.500 € Lohnnachzahlung zugesprochen, zusätzlich 2000 € Schadensersatz. Die Richterin erklärte: Nicht die Verhandlungsfähigkeit sei hier maßgebend, sondern gleicher Lohn für gleiche Arbeit, schließlich haben wir ein Gleichstellungsgesetz. Frauen haben bei Vorstellungsgesprächen häufig andere Prioritäten, z.B. die Familie. Da müssen Kinder in die Kita gebracht werden, Schulkinder müssen am frühen Morgen versorgt werden, am Mittag muss die Mutter für die Schulkinder und das Kita-Kind zu Hause sein, sie muss einkaufen, kochen und den Haushalt bewältigen, daher muss die Arbeitszeit

familiengerecht sein. All diese Dinge spielen beim Vorstellungsgespräch des Mannes in den meisten Fällen keine Rolle. Er weiß ja, die Frau erledigt das. Alleinerziehende Frauen haben es da **„Nicht die Verhandlungsfähigkeit sei hier maßgebend, sondern gleicher Lohn für gleiche Arbeit, schließlich haben wir ein Gleichstellungsgesetz.“**

noch schwerer. Sie können häufig nur stundenweise arbeiten und sind auf das Wohlwollen des Chefs angewiesen. Gerade diese Situation macht aus den allein erziehenden Müttern häufig arme Rentnerinnen. Aber auch Rentnerinnen von 75 Jahren an aufwärts leben heute häufig an der Armutsgrenze. Bis 1977 hatte der Mann das „Fürsorgerecht“ für die Frau, das hieß: Er konnte der Frau verbieten eine Arbeit aufzunehmen. Dadurch hatte sie oft

Diskriminierung, Benachteiligung, Sexismus und Herabwürdigung von FLINTA* überschneidet sich mit Erfahrungen von Rassismus oder Diskriminierung aufgrund von Behinderungen, Weltanschauung, sozialer Herkunft und anderen strukturellen Ungleichheiten.

Daran setzt intersektionaler Feminismus heute an und stellt sich gegen Ungerechtigkeiten, die uns ALLE etwas angehen!

Was kann ich tun? Wie werde ich aktiv?

Du definierst dich als FLINTA* und hast Lust dich queerfeministisch zu engagieren, auszutauschen, deine eigene Bande zu bilden? Sprich gerne Ordner*innen der Demo oder am Münzplatz an. In Koblenz findet ein offenes, feministisches Treffen statt, um sich zu vernetzen, kennen zu lernen oder Andere für eigene queerfeministische (Aktions-) Ideen zu finden.

Mehr Infos & Kontakte findest du hier:

- @feministakoblenz auf Instagram oder
- per Mail an feministakoblenz@riseup.net



SCAN ME

Glossar genutzter Begriffe & Abkürzungen

- FLINTA* = Frauen, Lesben, inter-, nicht-binäre, trans, A-gender Menschen.
- cis = Eine Person die sich mit dem Geschlecht, das ihr aufgrund ihrer Genitalien bei der Geburt zugewiesen wurde, identifiziert.
- trans = Eine Person ist trans, wenn sie sich nicht mit dem Geschlecht, das ihr aufgrund ihrer Genitalien bei der Geburt zugewiesen wurde, identifiziert.
- Heteronormativität = Weltanschauung, die die Heterosexualität als soziale Norm suggeriert.
- queer = Spektrum derer, die nicht der heteronormativen Vorstellung von Sexualität oder binärem Geschlecht (männlich/weiblich) entsprechen.
- Intersektional = Betroffenheit/Diskriminierung aus mehreren Perspektiven gleichzeitig (von engl. intersection - Kreuzung).
- Patriarchat = Gesellschaftsform, in der dem Mann eine bevorzugte Stellung in Gesellschaft und Familie zukommt.
- Privileg = Vorrecht für Einzelne/Gruppe, von dem andere ausgeschlossen sind.

Ich bin ein Mann - Wieso sollte ich mich für Feminismus interessieren!?

Feminismus geht uns alle an. Auch Männer leiden unter dem Patriarchat, auch wenn es dir viele Vorteile bringt. Dir werden technische Fähigkeiten zugerechnet ohne irgendwelche Anzeichen, dass du sie besitzt, dir wird mehr zugetraut, du bekommst mehr Geld für die gleiche Arbeit, die deine Kolleginnen machen, Arzneimittel sind ausgerichtet auf dein Geschlecht, du wirst als stark und fähig angesehen usw.

Mal abgesehen davon, dass das weder gerecht noch gleichberechtigt ist: Wie oft dachtest du schon, besonders hart, stark, laut sein zu müssen, obwohl dir eigentlich zum Weinen war? Eines von vielen Beispielen von "toxischer Männlichkeit". Gemeint sind damit Verhaltensweisen, die einem patriarchalen stereotypischen Rollenbild entsprechen. Diese Verhaltensweisen schaden nicht nur einer ganzen Gesellschaft, sondern auch dir selbst, individuell, als "Mann".

Feminismus ist also auch für dich: das Patriarchat bekämpfen, Rollenklischees abschaffen und eine Welt ermöglichen, in der wir alle so sein können, wie wir selbst es wollen, unabhängig davon, welches Geschlecht uns bei der Geburt zugeteilt wurde.

Empfehlungen als Input für die Auseinandersetzung mit (der eigenen) Männlichkeit:

Tausch dich aus, reflektiere dein Verhalten, deine Privilegien, lass sexistisches Verhalten oder „Witze“ deiner Freunde nicht durchgehen, sprich sie darauf an! Sprich mit deinen männlichen Freunden ehrlich über Gefühle, Probleme und Ängste, auch damit emotionale Care-Arbeit nicht immer wieder bei FLINTA* liegt.

- <https://kritische-maennlichkeit.de>
- <https://guidetoallyship.com>
- <https://podcast.dissenspodcast.de/128-maenner> "Männersachen" von Hans-Ulrich Müller-Schwefe
- "Eckart weiß nicht, dass er schön ist..." von Hans-Curt Flemming

gar nicht die Möglichkeit in ihre Rente einzuzahlen. Wenn sie doch arbeiten konnte, dann meist nur stundenweise und im Niedriglohnsektor, so dass es sich nicht auf die Rente auswirkte. Da beginnt schon die Ungleichheit in der Familie.

Ich selbst habe z.B. meine beiden Kin-

Wie man u.a. den Daten des Statistischen Bundesamtes entnehmen kann, ist jede dritte Rentnerin über 75 ebenso wie jede dritte alleinerziehende Mutter von Armut bedroht.

der nicht in Kitas abgeben können, da es diese noch gar nicht gab. Ich habe den Haushalt meines Schwiegervaters mitversorgt, weil er Witwer war und wir

in seinem Haus wohnten. Später, als die Kinder zur Schule gingen, musste ich nach Schulschluss zu Hause sein, wenn die Kinder kamen, ich habe vorher eingekauft, Mittagessen gekocht, gewaschen und gebügelt, den Haushalt geführt. Ich habe dem Mann den Rücken freigehalten. Heute geht es mir als Rentnerin recht gut, denn mein Mann hat 48 Jahre in der gleichen Firma gearbeitet und Karriere gemacht – 48 Jahre in der gleichen Firma, das ist heutzutage eine absolute Ausnahme. Und ich bin als Rentnerin und Witwe eine Ausnahme. Wie man u.a. den Daten des Statistischen Bundesamtes entnehmen kann, ist jede dritte Rentnerin über 75 ebenso wie jede dritte alleinerziehende Mutter von Armut bedroht. Eine Anfrage der Linkspartei an das Bundesarbeitsministerium hat gezeigt, dass jeder dritten Frau, die 40 Jahre lang vollzeitbeschäftigt war,

dennoch eine Rente von unter 1000 € Rente droht³. Wie soll man damit ein menschenwürdiges Leben führen? Miete, Nebenkosten, Strom, Versicherung und Fernsehen – all das kostet schon mindestens 600 € und ich bin mit meiner Rechnung noch sehr optimistisch. Da sind die Lebenshaltungskosten noch nicht eingerechnet. Kleidung und Kultur fallen ganz raus und an einen Urlaub ist überhaupt nicht zu denken. Mein Fazit: Da steht uns noch viel Arbeit bevor, bis Frauen wirklich die Gleichberechtigung erlangen, die ihnen im Grundgesetz zugesichert ist.



Brot & Rosen-Stand 8.3 - Olli, Annette, Loriana und Ursula (v.l.n.r.)

1) Das hat u.a. das Statistische Bundesamt errechnet: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23_036_621.html#:~:text=WIESBADEN%20E2%80%93%20Frauen%20haben%20im%20Jahr,\(24%2C36%20Euro\).](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23_036_621.html#:~:text=WIESBADEN%20E2%80%93%20Frauen%20haben%20im%20Jahr,(24%2C36%20Euro).)

2) Über diesen Fall berichtet hat u.a. die taz: <https://taz.de/Urteil-zu-Equal-Pay!/5916726/>

3) Berichtet hat darüber u.a. das RedaktionsNetzwerk Deutschland: <https://www.rnd.de/politik/neue-zahlen-jeder-dritten-frau-in-vollzeitarbeit-droht-spaeter-mini-rente-TY3OYCA5ZRHXZE4P2TKDIP4VSM.html>

„Da, wo ich bin, ist alles politisch“ – Christine Holzing aus Koblenz

Das Interview mit Christine Holzing führte Lorian Metzger, aus dem dieser Beitrag entstanden ist.

Anfang Februar veranstaltete der Verein „Gemeinsam Wohnen in der Region Koblenz e.V.“ (GeWo) eine Lesung mit anschließender Diskussion über Caren Lays Buch „Wohnopoly. Wie die Immobilienspekulation das Land spaltet und was wir dagegen tun können“. Caren Lay, die gebürtig aus Obermendig stammt, sitzt für die Linkspartei im Bundestag. Es war also selbstverständlich, dass viele von uns Linken sowie solid-Mitglieder an dieser Veranstaltung teilnahmen. Es wurde ein toller diskussionsgefüllter Abend, für den neben der eingeladenen Autorin auch Christine Holzing sorgte, die dem Verein GeWo vorsteht und souverän und kenntnisreich den Abend moderierte. Mir war sofort klar, dass Christine Holzing nicht nur eine Expertin auf dem Feld der Wohnungspolitik ist, sondern insgesamt ein politisch aktiver Mensch mit klaren linkspolitischen Ansichten jenseits parteilicher Bindung. Dieser erste Eindruck hat mich nicht getäuscht, ganz im Gegenteil.

In dem Interview für linsdruck habe ich nicht nur viel über den Verein GeWo erfahren, sondern eine überaus interessante Lebensgeschichte kennengelernt, die ich mit diesem Beitrag weitergeben möchte: Die Geschichte einer Flucht aus der DDR, die Geschichte eines „typischen Frauenschicksals“, wie Christine Holzing das selbst formuliert hat und die Geschichte eines konsequent politisch denkenden und lebenden Menschen.

Flucht aus der DDR

Christine Holzing (im Folgenden CH) ist ein echtes Koblenzer Urgestein – ja, das ist sie auch, aber sie ist nicht in Koblenz oder der Region geboren, wovon ich zu Anfang des Interviews einfach ausgegangen war. Sie ist Mitte der 60er Jahre mit ihrem damaligen Ehemann nach Koblenz gekommen. Aufgewachsen aber ist sie in der DDR, in Naumburg an der Saale. Mit 17 Jahren flieht sie dann alleine nach Westberlin, noch vor dem Mauerbau. Ihre Familie kommt einige Monate später nach. Gezwungenermaßen, wie sie

mir erzählt. Denn der SED fällt im beschaulichen Naumburg schnell auf, dass ein Familienmitglied fehlt. Der Vater wird mit dem Verdacht der Republikflucht seiner Tochter konfrontiert. Die Eltern und die drei jüngeren Brüder entschließen sich, ihr zu folgen und fliehen ebenfalls. „Sehr spannend“ sei diese ganze Zeit gewesen, betont CH mehrfach.

Ihre eigene Flucht ist gut geplant. Sie hat Freunde, bei denen sie unterkommt und erhält eine „Freistelle“, also einen schulgeldfreien Aus-

bildungsplatz, in Westberlin im Lette Verein. Hier macht sie ihre Ausbildung zur technisch-chemischen Assistentin, als welche sie dann später in Forschung und Medizin mit verschiedenen Stationen in Deutschland wie Heidelberg und München und schließlich Koblenz arbeitet. Ein Beruf, der sie nie wirklich voll befriedigt, aber der Wunsch nach einem Studium lässt sich nicht verwirklichen. Dazu später mehr. Sie erzählt mir, dass sie sich bereits von der DDR aus auf diese Freistelle in Westberlin beworben hatte, da die Schule ein Kontingent an Ausbildungsplätzen für Geflüchtete wie sie vorhielt. Damals sei Westberlin voller Geflüchteter aus der DDR gewesen und sie hat viel Hilfsbereitschaft und Aufgeschlossenheit erlebt. Mir wird klar, dass diese Fluchtgeschichte mehr erzählt als die deutsch-deutsche Geschichte, die so viele Familien geprägt hat und immer noch prägt. Die Bekanntschaften, die CH als junge Frau mit Geflüchteten in Westberlin macht, setzen sich später

„Ich wollte alles. Ich wollte Familie und Beruf. Und Politik. Voll gültig meine Rolle in der Gesellschaft finden und haben. Und das auch praktizieren.“

fort in ihrer Zeit in Heidelberg, wo sie auch auf ungarische Geflüchtete trifft. Die eigene Flucht und diese Bekanntschaften sind sicherlich ein Grund, weshalb sie sich später, als sie nach Koblenz kommt, vor allem im „Arbeitskreis Internationales“ der Jusos engagiert. Die deutsch-deutsche Geschichte, die Teilung in West- und Ostdeutschland, ist immer auch europäische und internationale Geschichte. Das wird mir im Gespräch mit CH besonders klar. Ich denke mir, wenn wir uns besonders im Westen Deutschlands mehr mit diesen deutsch-deutschen Fluchtgeschichten befassen, den Geflüchteten und ihren Lebenswegen mehr Öffentlichkeit verschaffen würden, dass wir dann vielleicht einen anderen, humaneren und globaleren Blick auf die derzeitigen Fluchtbewegungen nach Europa bekommen könnten.

Denn Flucht hat immer etwas mit der Einforderung nach Selbstbestimmung zu tun. Im Falle von CH waren es sicherlich nicht die fehlenden Chancen auf eine akademische Laufbahn, die in der DDR, wie sie mir erzählt, höher für sie gewesen wären als in Westdeutschland. Sie hat die DDR „als sehr autoritär empfunden“ und wollte raus aus der Provinz. Das war ihr Fluchtgrund. Ihre Eltern waren Liberale und Freigeister aus dem „roten Sachsen“, am Küchentisch ging es immer politisch zu, die Systemvergleiche, betont CH, wurden schon damals sehr früh angestellt: „Ich wollte Informationen. Da war ein ganz großes Bedürfnis da“, sagt sie mir. Als sie dann nach Westberlin flieht, deckt sie sich zunächst mit unterschiedlichsten Zeitungen ein, um sich diese fehlenden Informationen zu besorgen – etwas, das in der DDR nicht möglich gewesen ist.

Ein typisches Frauenschicksal

Im Grunde, sagt mir CH, kennt sie alle Stationen eines typischen Frauenschicksals: Die Benachteiligung in der Familie, die Benachteiligung im Beruf, die Sexismuserfahrungen in der politischen Aktivität, das Rückenfreihalten für den Mann in der Ehe, die Strapazen als Alleinerziehende und arbeitende Mutter. Obwohl sie gerne studiert hätte, waren es die Brüder, deren Studien zuerst finanziert wurden. Die Flucht brachte die Familie an ihre finanziellen Grenzen.



Titelseite des Wohnprojekts 1991, Zeichnung von Karin Kraus

Die Einblicke, die CH dann z.B. am Max-Plank-Institut für Pflanzengenetik in Heidelberg von Frauen in akademischen Berufen bekommt, sind ernüchternd. Nicht nur, dass sich die meisten Frauen keine Familien erlauben durften, sie wurden auch mit Aufgaben weit unter ihren Qualifikationen abgespeist. Von Förderung oder Gleichbehandlung keine Spur. Das sei ein großer Unterschied zu den Verhältnissen in der DDR gewesen und ein Grund für CH, sich politisch zu betätigen: „Ich wollte alles! Ich wollte Familie und Beruf. Und Politik. Voll gültig meine Rolle in der Gesellschaft finden und haben. Und das auch praktizieren“.

Als sie dann später 2 Kinder bekommt, gründet sie gemeinsam mit ihrem damaligen Mann den ersten und wohl auch einzigen Kinderladen in Koblenz Ende der 60er Jahre. Über den Kinderladen lernt sie viele ebenfalls politisch denkende Frauen kennen. Vier von ihnen, erzählt sie mir stolz, hatten sich durch die Erfahrungen im Kinderladen dazu entschlossen, zu studieren.

Ein politischer Mensch durch und durch

Die Friedenbewegung, die Frauenbewegung, die Diskussion um antiautoritäre Wege, ob die Erziehung oder die gesamte Gesellschaft betreffend, die politische Systemfrage, wie sie beispielhaft auch an Chile diskutiert wurde, das alles waren Themen, die CH in den 60er und 70er Jahren bewegten:

„Ich bin eine Antiautoritäre, weil ich das autoritäre System der DDR verlassen wollte. Das war für mich sehr prägend und ist es immer noch.“ Sie erzählt mir, dass sie sich aufgrund ihrer DDR-Vergangenheit davor gehütet hat, sich ideologisch in eine Richtung zu bewegen. Aber das war für sie kein Grund, nicht über alles zu diskutieren, wie beispielsweise die Verstaatlichung von Grundindustrien, wie es die Stamokap-Theorie vorschlägt; ein Ansatz, den CH „nicht schlecht findet“, aber ein Ansatz, der damals sehr schnell als staatsfeindlich diskreditiert wird.

Repressalien autoritärer Staatsmacht erlebt sie in dieser Zeit dann am eigenen Leib. Die Radikalenerlasse betreffen auch sie, da sie mit ihren politischen Haltungen auf dem Arbeitsplatz auffällt. Sie wechselt ihre Stelle und beschließt: „Die innere Immigration, die ich in der DDR gelernt habe, die verfeinere ich jetzt am Arbeitsplatz.“ Sie bleibt aber weiterhin politisch aktiv und verinnerlicht den von der damaligen Student*innenbewegung initiierten ‚Marsch durch die Institutionen‘: „Ich mute mir mit allem, was das bedeutet, den Gang durch die Institutionen zu. Auf allen Ebenen.“ Diese Entschlossenheit beeinflusst CHs Lebensweg maßgeblich: „Da, wo ich bin, ist alles politisch“, betont sie mehrfach.

Ich finde das nicht nur mutig, ich finde, das hat Vorbildcharakter, gerade für unsere Gegenwart: Denn, dass alles politisch ist, ist weniger eine Feststellung, sondern vielmehr eine Haltung. Kaum wie etwas anderes zeigt uns doch gegenwärtig die Klimakrise, dass wir deren Folgen mit einer Politik, die sich hinter nationalen Grenzen einmauert, nicht nachkommen und schon gar nicht mit einer Politik, die Fragen globaler sozialer Ungleichheit vernachlässigt. Das Erstarken nationaler und rechter Gruppierungen, wie wir sie nun schon seit einigen Jahren beobachten können, betrachte ich auch als Gegenreaktion auf linkspolitische Bewegungen, die eine globale solidarische und soziale Politik verfolgen. Nicht aufzugeben, sondern uns mutig weiterhin gegen rechte und faschistische Gruppierungen zu stellen

und unsere politischen Ziele bei jeglichem Gegenwind zu verfolgen, dazu motiviert CHs Lebensweg.

Das Recht auf Wohnen

Das Vergangene reicht in die Gegenwart hinein. CHs politisches Leben ist ein Beispiel dafür. Da für sie klar ist, dass sie in einer parlamentarischen Demokratie vor allem durch die Partei politisch wirksam sein kann, tritt sie in die SPD ein, deren Mitglied sie seit nun über 50 Jahren ist. Heute ist sie jedoch auf Stadt- und Landesebene vor allem im Arbeitskreis sozialdemokratischer Frauen (ASF) aktiv und nicht mehr für die Partei selbst. Sie lässt durchblicken, dass sie und ihre Partei es miteinander nicht immer leicht hatten, für die sie auch 5 Jahre im Koblenzer Stadtrat sitzt. Die vielen Erfahrungen dieser



Christine Holzinger - Foto: Lorian Metzger

„Ich mute mir mit allem, was das bedeutet, den Gang durch die Institutionen zu. Auf allen Ebenen.“

Ratstätigkeit bringen sie anschließend dazu, eine regionale Fraueninitiative in Koblenz zur Agenda 21, ein Aktionsprogramm für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen zu Beginn der 90er Jahre, zu gründen. Daraus erwächst dann u.a. der Verein „Gemeinsam Wohnen in der Region Koblenz e.V.“ (GeWo).

Seit Anfang 2006 setzt sich dieser Verein für alternative Wohnformen in Koblenz ein, aus dem z.B. das „Rauental-Wohnprojekt“ mit 11 Mieteinheiten entstanden ist. Ein Projekt, das in Kooperation mit der Koblenzer Wohnbau, der kommunalen Wohnbaugesellschaft, umgesetzt wurde und das bisher einzige realisierte Mietwohnprojekt. Ein weiteres mit 30 Mietwohneinheiten soll am Moselbogen entstehen. Doch der Prozess zieht sich bereits über 10 Jahre hin aufgrund der Altlastenabklärung, die das Grundstück der Stadt betrifft. Ein zermürender Prozess, der durch den rasanten Preisanstieg im Bauwesen noch weiter belastet wird. Es ist nicht einfach, alternativen sozialen Mietwohnbau in Koblenz umzusetzen, das zeigen die jahrelangen Erfahrungen von CH deutlich.

Die Mietwohnprojekte der GeWo zeichnen sich dadurch aus, dass sich vorab eine Gruppe zusammenfindet, die sich vorstellen kann, gemeinsam in einem Wohnprojekt zu leben und im besten Fall in alle Prozesse involviert ist: von der Gruppenfindung bis zur baulichen Umsetzung. Unterstützt wird sie dabei von der GeWo, z.B. auch durch die gemeinsame Erkundung bereits bestehender Wohnprojekte, wie dem Mainzer „Queer im Quartier“, von dem CH begeistert berichtet.

Jedes Wohnprojekt der GeWo hat aber auch seinen eigenen Verein, über den dann das gemeinsame Wohnen organisiert wird. Im Rauentaler Wohnprojekt beispielsweise leben Menschen verschiedener sozialer und migrantischer Herkunft zusammen. Es gibt einen Gemeinschaftsraum und eine Gästewohnung, die von allen genutzt werden kann.

Regelmäßige Treffen, gegenseitige Hilfe mit dem Anspruch eines selbstbestimmten Lebens prägen die Wohngemeinschaft. Eine größere migrantische und soziale Durchmischung würde sich CH auch für das aktuelle Wohnprojekt am Moselbogen wünschen. Denn neben einer ökologischen Bauweise und menschenwürdigen Architektur will GeWo vor allem solche Wohnprojekte fördern, die generationen- und sozialübergreifend sind. Eine Schwierigkeit in der Umsetzung liegt auch darin, dass sozialer Wohnungsbau gesellschaftlich verpönt ist, obwohl er sich ursprünglich gerade an die Massen gewendet hat, wie man auch in Caren Lays Buch gut nachlesen kann. Nach CH sollte es wieder viel mehr sozialen Mietwohnungsbau geben, und zwar in allen Stadtteilen.

CHs jahrelanges Engagement für Wohnungspolitik lässt sich auf eine wesentliche Einsicht konzentrieren: Das Recht auf Wohnen als Gemeinnützigkeit muss ins Grundgesetz - so, wie es auch die Linke fordert. Eine politische Mehrheit gibt es dafür leider noch nicht: „Alle Politiker sagen, wir brauchen bezahlbaren Wohnraum. Aber das wird nur gesagt.“ Wäre das Recht auf Wohnen im Grundgesetz verankert, müssten Staat, Länder und Kommunen Wohnen als ihre genuine Aufgabe verstehen und Wohnungspolitik konkret gestalten, anstatt sie, was aktuell der Fall ist, mehr und mehr privaten Investor*innen zu überlassen. Eine konsequente Wohnungspolitik nach CHs Verständnis

müsste auch private Besitzer*innen sehr großer Wohnkonzerne enteignen, als Wiedergutmachung für eine Politik, die primär auf Investor*innen setzt. Neben der Gründung staatlicher Wohnungsbaugesellschaften - Koblenz ist hier bundeweit eine von wenigen Ausnahmen, die eine kommunale Baugesellschaft hat - bräuchte es grundsätzlich mehr Personal in den Bauämtern. Es sei, so kritisiert CH, auch überhaupt nicht transparent, wie die Gelder für Wohnungspolitik vom Bund über das Land in die Kommunen fließen.

„Alle Politiker sagen, wir brauchen bezahlbaren Wohnraum. Aber das wird nur gesagt.“

Von der Koblenzer Kommune wünscht sich CH nicht nur, dass hier die Belange der GeWo mehr Berücksichtigung finden, sie hat auch viele konkrete Vorschläge: z.B. sollte es einen festen Kriterienkatalog bei der Vergabe staatlicher Bauprojekte geben; die Kommune sollte eine Anlaufstelle zu Wohnungsfragen einrichten und es sollte eine Strategie erarbeitet werden für den Umgang mit Fehlbelegungen von Immobilien, die besonders in Koblenz auffällig sind - z.B. wohnen viele Menschen ganz alleine in großen Einfamilienhäusern, Familien mit Kindern hingegen in kleinen Wohnungen. Als Linke können wir all diese Forderungen nur unterstützen.

Die Wohnungspolitik ist zu CHs politischem Thema schlechthin geworden. Das wundert mich im Übrigen nicht, denn es ist ein komplexes Thema, das Fragen der Ökologie, der Stadt- und Lebensgestaltung, soziale und migrantische Fragen vereinigt; alles Themen, die sie ihr Leben lang bewegt haben und deutlich machen, wie nötig es ist, den Kapitalismus zu kritisieren. Ich denke, dass es auch mehr als deutlich geworden ist, dass wir mit CH außerhalb der Linkspartei eine Vertreterin des demokratischen Sozialismus haben. Sie spricht sich für die Weiterentwicklung zu einem „demokratischen, partizipativen und föderalen, ökologischen und multikulturellen Sozialismus“ aus, wie ihn z.B. Thomas Piketty in seinem Buch „Eine kurze Geschichte der Gleichheit“ beschreibt.

Ich wünsche Ihnen, Christine Holzing, weiterhin viel Kraft für Ihr politisches Engagement und bedanke mich ganz herzlich für das bereichernde Interview.



Mitglieder der Linkspartei sowie der Linksjugend gemeinsam mit CH und Caren Lay (v.l.)

			8				6
3		5	2		9		
						6	
2		7				1	3
	1		5	4		7	9
7				2			
						5	
1	8		6	7			4 2

#207971

Schwierigkeitsgrad: schwer

AKTUELLES:

Deutschland gilt schon lange als Geldwäsche- und Steuerflucht-paradies im Immobiliengeschäft. Kurz vor dem Jahreswechsel wurden nun neue Bestimmungen zur Bekämpfung von Geldwäsche beschlossen. Wir werten das als wichtigen Schritt, denn gerade in der Immobilienbranche wird sehr viel Geld aus Drogenhandel, Prostitution sowie Menschenhandel „gewaschen“. Es gilt ab dem 1. April 2023 und führt zu umfangreichen Neuerungen für die Immobilienpraxis (Sanktionsdurchsetzungsgesetz II).

Obdach- und Wohnungslosigkeit überwinden: Nur ein politisches Ziel?

Lekaja.illustration*

Bis zum Jahr 2030 will die Bundesregierung die bestehende Obdachlosigkeit überwunden haben. Die Komplexität der entsprechenden Herausforderungen macht eines ganz deutlich: **Überwindung von Obdach- und Wohnungslosigkeit ist nur durch gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu erreichen.**

Das eigene Zuhause zu verlieren, keinen Schutz- und Rückzugsraum mehr zu haben, keine Basis, um familiäre, berufliche oder soziale Krisen zu bewältigen: für Betroffene ist es ein Fall ins Bodenlose. Der Moment von Wohnungsverlust ist meist traumatisch, sich aus bestehender Wohnungslosigkeit zu befreien, scheint absurd. Keine Wohnung, kein Job - kein Job, keine Wohnung. 24/7 - Arbeiten und trotzdem kein bezahlbarer Wohnraum, Konkurrenzdruck unter Bewerber*innen. Schlechte Infrastruktur im ländlichen Raum; mit welchem Geld noch ein Auto finanzieren, wenn es kaum für Lebensmittel reicht? Keine Kinderbetreuung, keine Möglichkeit zu arbeiten. Gesundheitliche Einschränkungen muss mensch sich finanziell leisten können; private, soziale Netzwerke müssen abpuffern, wo gesetzliche Versorgung versagt. Wohnungsanzeigen von bezahlbarem Wohnraum mit Platzmangel und unpraktischer Raumaufteilung: nur mit Schufa-Auskunft; Jobcenter? - Nein, danke; Kinder sind zu laut und machen Dreck; Haustiere verboten; Garten vorhanden, Rasen nicht betreten; Barrierefrei, aber Aufzug defekt; Mit diesem Nachnamen schon mal gar nicht! Bitte?!

Liebe Privateigentümer*innen:

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 14: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen!
Die Allgemeinheit ist bunt, sie ist divers. Es benötigt Offenheit und Toleranz, um Chancen auf Wohnraum gerecht zu verteilen. Menschenrecht statt Profit!

Liebe Politik:

Es braucht bezahlbaren Wohnraum, eine gute Infrastruktur

WERBEANZEIGE:



Indisch-bengalisches Restaurant OM

Wir verwenden überwiegend Naturprodukte.

Wir bieten Ihnen:

Indisch-bengalische Spezialitäten, erlesene vegetarische und vegane Speisen, auch eine große Auswahl an Fleischgerichten, vielfältige Salat-Kreationen sowie hausgemachte Desserts.

Für Feste und Feiern bieten wir Ihnen einen abtrennbaren Saal mit ca. 30 Plätzen.

Zusätzlich steht noch eine schöne Terrasse im Freien zu Verfügung.

Bechelstraße 23 - 56073 Koblenz - Tel: 0261/94246353 - Email: info@restaurant-om.de



Titel: housing ist a human right von lekaja.illustration

Email: lekaja.illustration@posteo.de

Insta: @lekaja.illustration

auf dem Land, soziale Absicherung, die vielfältigen Lebensentwürfen und demografischem Wandel entspricht, Präventionsangebote in Wohnungsnotfällen, höhere Standards in der Notunterbringung, um eine realistische Chance zu haben, aus eigener Kraft wieder Wohnraum zu finden.

Es geht nur gemeinsam. Wohnen für Alle! Packen wir's an.

*Der/die Autor*in ist Streetworker*in/Begleitung kommunale Notunterkünfte einer Kleinstadt in Hessen*

*Vollständiger Name ist der Redaktion bekannt.

DAS ♥ SCHLÄGT LINKS-KOLUMNE N.

Träume lassen sich nicht räumen* Lützerath. Und die Berichterstattung danach.

Von Natalie Brosch

Mir fehlt da was.

Mir fehlen ganz viele Kleinigkeiten,
die vielleicht das große Ganze sind.

Mir fehlt die Berichterstattung über Helene.
Helene, 82 Jahre, die sich am 14.01.2023 auf den Weg gemacht hat, um mit vielen anderen gemeinsam von Keyenberg nach Lützerath zu laufen.
Helene hat viele Jahre mit ihrem Mann in Borschemich gelebt.
48 gemeinsame Jahre. Sie haben vier Kinder. Zwei davon hat Helene Zuhause zur Welt gebracht. Sie hatten nie viel Geld. Dafür umso mehr Liebe. In ihrem Garten pflanzten sie für jedes Kind einen Apfelbaum. Und für ihre Sternenkinder Rosenbüsche. Helene, lief den langen beschwerlichen Weg. Hand in Hand mit ihrem Mann. Um den Hals trugen sie Plakate. Der Wind und der Regen peitschten in kalte Gesichter. Aber der Sprechgesang wurde von ihnen laut begleitet. Die Wut über ihren Verlust. Die Erinnerungen, die man ihnen genommen hat. All die Nächte, die sie wach lagen. Das werden sie nicht vergessen.

Mir fehlt die Berichterstattung über den jungen Elfjährigen, dessen Vater bei RWE Ende der 70er Manager war.
Der seinen Sohn damals mitnahm, wenn die uralten Bäume vermessen wurden, um sie anschließend zu fällen. Bäume mit einem Baumstamm, den 6 Menschen nicht umfassen konnten. Diese Bäume mussten fallen. Sein Vertrauen in seinen Vater verschwand mit jedem Baum. Auch er lief heute mit. Er verschwand in der Menge. Aber seine traurigen Augen werde ich nicht vergessen.

Mir fehlt die Berichterstattung über den Rollstuhlfahrer, der sich mitten unter den Demonstrant_innen befand und auf den man so sehr achtete, dass Bordsteinkanten und Hindernisse heute keine Hürden für ihn waren. Und auch über den Schlamm wurde er getragen. Von vielen.

Mir fehlt die Berichterstattung über die 16jährige, die sich einer FFF-Gruppe angeschlossen hat. Sechs Stunden Anreise bis nach Keyenberg, um an der Demo teilzunehmen. Drei volle Busse fuhren in ihrer Stadt ab. Sie erzählt von der letzten Soli-Demo in ihrer Stadt. 800 Menschen konnten sie bewegen. Sie erzählt, dass sie so gerne öfter zu den Aktivist_innen gefahren wäre, wenn sie mit dem Quer-durch-Deutschland-Ticket nicht immer 10 Stunden Anreise gehabt hätte. Sie erzählt von ihrer Schule, die den Schüler_innen den Glauben an eine bessere Welt vermittelt. Es gab am 14.01.2023 keinen Empfang rund um Lützerath. Sie hat die Orientierung verloren. Ist alleine 5 km in die falsche Richtung gelaufen. Der Bus ist ohne sie abgefahren. Sie findet Hilfe. Eine Mitfahrgelegenheit bis zum nächsten Bahnhof und kommt sicher zu Hause an.

Habt ihr von der bewegenden Rede von Peter etwas gehört?



Schnappschuss auf "LütziLebt" Demo von Natalie

Von Peter Donatus. Er ist nigerianischer freier Journalist und Menschenrechtsaktivist. Er ist vor 26 Jahren nach mehrmonatiger Incommunicado-Haft aus Nigeria geflüchtet. Seither lebt er in Deutschland. Saß er schon mal bei Markus Lanz oder Anne Will? Darf er euch von den vielen Gefangenen berichten, die in seinem Land für Klimagerechtigkeit kämpften? Oder sitzt dort wieder Herbert Reul, der Handlanger von RWE, der urplötzlich bester Freund der Grünen zu sein scheint und der wieder seine Weltsicht kund tun darf? Der uns aber nicht an die Ausbeutung im globalen Süden erinnert, durch die unser Wohlstand doch erst möglich wird.

Mir fehlt weiterhin die Berichterstattung über viele kleine großartige Menschen, die mit bunten Regenschirmen den langen Weg liefen. Ohne Gemecker. Mit dem Blick nach vorn. Denn sie sind in ihrem Leben schon viele Wege gelaufen. Viele neue Wege, denn die alten Wege zum Kindergarten oder zur Grundschule, die gibt es nicht mehr. Auch die Häuser, die ihre Eltern gebaut haben, sind verschwunden. Sie erinnern sich aber an den Basketballkorb über dem Garagentor. Oder die Höhlen in den Hecken, wo sie sich mit ihren Freund_innen versteckt haben, um Geheimnisse auszutauschen. Sie erinnern sich an die Regenbogenbilder, die sie gemalt haben und in ihren Kinderzimmern an die Fenster klebten. Die Bilder haben sie hängen lassen. Viele Kinderträume. Zerstörte Kinderträume.

Sie alle gehen, trotz alledem, den langen Weg. Und halten daran fest, dass eine bessere Welt möglich ist.

Träume lassen sich nicht räumen.

*Diesen Text hat N. bereits am 16. Januar 2023 über ihr Facebook-Profil veröffentlicht. Der Text ist aus teils realen Gesprächen, teils fiktiven Überlegungen der Autorin entstanden, die selbst in Lützerath vor Ort war und an den Protesten teilgenommen hat.

Ich habe Angst.*(CN: Angstzustände, Klimakrise, politische Frustration)*

Angst, weil die Welt immer mehr zerstört wird und scheinbar niemand etwas tut.

Angst, weil die Menschen, die wirklich davon betroffen werden, nichts tun können.

Beziehungsweise nichts ausrichten.

Angst, weil ich keine Hoffnung auf Besserung habe.

Angst, weil ich, auch wenn ich gerne Träume, keine Pläne mache, weil ich nicht weiß, ob es die Welt in 30 Jahren überhaupt noch gibt.

Ich weiß nicht, ob ich in 10 Jahren überhaupt noch atmen kann, weil die Luft vermutlich viel zu verpestet sein wird.

Ich habe Angst, weil ich gerne Träume und Pläne hätte, aber wenn man mich fragen würde, wo ich mich in 10 - oder auch nur 3 - Jahren sehe, ich könnte die Frage nicht beantworten.

Die einzige Hoffnung wäre, dass die Leute, die etwas ausrichten können, zuhören.

Aber Geld ist ihnen wichtiger als die Welt.

Heute wichtiger als morgen.

Womit soll ich planen, wenn die Pläne der Regierung die Zukunft total ignorieren?

Ihre Pläne sind zu langfristig und achten damit nur auf die

kurzfristige Zukunft.

Sie denken, sie hätten Zeit, die sie nicht haben.

Sie realisieren nicht, wie nah die Katastrophen wirklich sind.

Sie sehen es nicht und wollen es sich nicht vorstellen.

Natürlich nicht.

Wer denkt schon gerne darüber nach?

Und bis wir hier die Konsequenzen spüren, sind sie vermutlich eh schon tot.

Und wir müssen dann damit leben, dass sie nicht schnell genug gehandelt haben.

Aber nein, die Wirtschaft ist wichtiger als die Welt.

Geld wichtiger als Leben.

Kapitalismus wichtiger als Umweltschutz.

Ich weiß, dass ich pessimistisch bin.

Aber Optimismus hilft nicht.

Was hilft sind Taten.

Handeln solange uns noch Zeit dafür bleibt.

Von: Noah Phoenix Raithe

Insta: @_noah.phoenix_

Email: just_noah@yahoo.com



Globaler Klimastreik am 3.3.23 in Koblenz, Foto: Max Gerlach - <https://www.flickr.com/photos/jmaxgerlach/>

KONTAKT

Stadtverband Die Linke Koblenz

Der Koblenzer Stadtverband der Linkspartei mit ihren aktiven Mitgliedern von Jung bis Alt zeichnet sich durch seinen Aktivismus, konsequente antifaschistische Haltung, die Verfolgung einer radikal sozialen & ökologischen Politik aus. Die Anerkennung von Diversität sowie von feministischen und queeren Perspektiven sehen wir als Selbstverständlichkeit an, genauso wie die konsequente Ablehnung von Antisemitismus, jeglicher gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie von Verschwörungstheorien. Die Relativierung jeglicher Angriffskriege oder die Verharmlosung autoritärer Staaten und Gewaltregimen findet bei uns keinen Platz.

Die Zusammenarbeit mit Vereinen und NGOs, die sich z.B. für queere Themen, für eine humane Migrationspolitik, für konsequente und sozialgerechte Klimapolitik, gegen Armut u.Ä.. einsetzen, ist uns sehr wichtig. Wir stehen auch an der Seite der Streikenden auf der Straße, wenn es um den Kampf für bessere Löhne und humane Arbeitsbedingungen geht.

Unsere Termine:

Wir freuen uns über alle linkspolitisch Interessierten, die Lust haben, mit uns zusammen aktiv zu werden.

- **Jeden ersten Montag im Monat um 19 Uhr** finden unsere offenen **Sprecher*innenratssitzungen** statt im Restaurant „OM“ (Bechelstraße 23. 56073 Koblenz).
- **Jeden dritten Mittwoch im Monat um 19 Uhr** veranstalten wir einen **offenen Treff**, zu dem jede*r willkommen ist, um mit uns zu diskutieren und gesellig zu sein. Die Örtlichkeit wechselt z.Z. (siehe Webseite)

Aktuelles:

- Wir sind sehr aktiv, einen Einblick in unsere bisherigen Veranstaltungen und Aktionen findest du auf unserer Webseite.
- Natürlich bereiten wir uns schon auf die **Kommunalwahlen 2024** in Koblenz vor. Wenn du Interesse hast, uns zu unterstützen oder sogar zu kandidieren, dann melde dich bei uns (siehe unten).
- Einen Termin, auf den wir uns schon sehr freuen, ist unser **Sommerfest am 15. Juli**.

Webseite: <https://www.die-linke-ko.de/aktuell/>

Email: sprecherinnenrat@die-linke-koblenz.de

Insta: [@die_linke_koblenz](https://www.instagram.com/die_linke_koblenz)



DIE LINKE.
Stadtverband Koblenz

Die Linksjugend [’solid] Koblenz stellt sich vor!

Wir sind ein sozialistischer, antifaschistischer, feministischer und basisdemokratischer Jugendverband, der sich wöchentlich in Koblenz trifft, um Aktionen zu planen, über die politische Situation in Koblenz und im Rest der Welt zu diskutieren, politische Theorie zu lesen oder einfach gemütlich beisammen zu sein.

Wir stehen der Partei die LINKE nahe, sind allerdings ein eigenständiger Verband.

Konkret heißt das, dass wir nicht an die Beschlüsse der LINKEN gebunden sind und die Mitgliedschaft in der LINKEN keine Voraussetzung ist, um bei uns mitzumachen.

Als parteinaher Verband versuchen wir natürlich, unsere Positionen und die Perspektiven junger, linker Menschen in die Partei hineinzutragen.

Abseits davon findet man uns allerdings auch auf Bildungsveranstaltungen, Demonstrationen und auf Social Media.

Hast du Interesse, bei uns mitzumachen oder an der ein oder anderen Veranstaltung teilzunehmen?

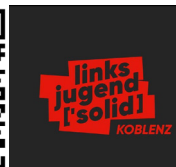
Schreib uns einfach bei Instagram, Twitter oder TikTok und komm vorbei!

Treffen: **Jeden Freitag 18:30 Uhr. Ort auf Anfrage**

Insta: [@linksjugend_solid](https://www.instagram.com/linksjugend_solid)

Twitter: [@solid_koblenz](https://twitter.com/solid_koblenz)

TikTok: [@linksjugend_koblenz](https://www.tiktok.com/@linksjugend_koblenz)



IMPRESSUM:

Redaktion v. i. S. d. P.:

Loriana Metzger & Christian Zillgen

DIE LINKE, Stadtverband Koblenz

Postfach 33012 56045 Koblenz

Email: sprecherinnenrat@die-linke-koblenz.de

Homepage: www.die-linke-ko.de

Druckerei: Simmer Patrick A. Medientechnik

Wenn Du für/in *linksdruck* ...

... einen Artikel schreiben,
... deine Kunst veröffentlichen,
... einen Leser*innenbrief an uns richten oder
... deine Werbeanzeige hier schalten möchtest,

dann schreibe uns eine Email an:

sprecherinnenrat@die-linke-koblenz.de